

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

**Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

**zusammengestellt
von
Tristan Abromeit**

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.2.2

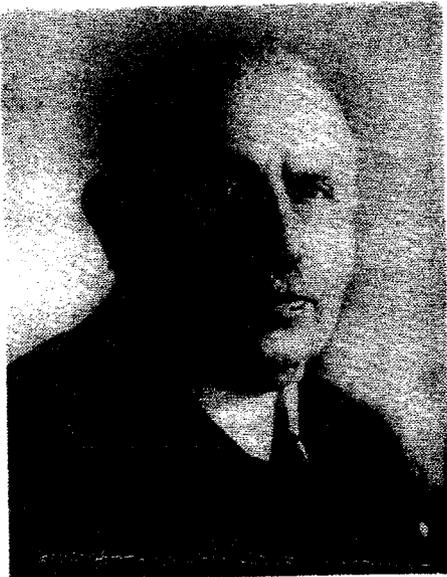
(27 Seiten)

Dr. Max Sternberg

- A) Biographische Notiz von Werner Onken**
- B) Warum und wie zur Freiwirtschaft**

Ursprungstext (B) von 1924

**Als Serie in Zeitschrift *Der Dritte Weg*
ab Januar 1989**



"Die Preise der Waren hängen nicht allein von der Geldmenge ab, die im Lande ist, sondern auch von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Geld, das in Strümpfen oder Kassenschränken ruht, kommt für die Preisbildung überhaupt nicht in Betracht. Preisbildend wirkt nur das umlaufende Geld, nicht der tote Vorrat."

*Dr. med. Max Sternberg
geboren am 24. 7. 1856 in Meppen
gestorben am 15. 8. 1930 in Emden*

Große Persönlichkeiten der Freiwirtschaftsbewegung

Die Biographien bekannter Freiwirtschaftler haben viel Gemeinsames: Gerechtigkeitssinn, Forscherdrang, Idealismus, Standhaftigkeit und Mut. Für uns Freisoziale sind sie in vieler Hinsicht Leitbilder und Ansporn zugleich. DER DRITTE WEG veröffentlicht heute einen von Dipl.-Ökonom Werner Onken verfaßten Lebenslauf Dr. Sternbergs. Dr. Kurt Keßler, der wie Sternberg die gemeinsame ostfriesische Heimat liebt, berichtet von ihm: "Herr Dr. Sternberg ging unerschrocken in die kommunistischen Versammlungen und trug dort sehr geschickt seine Thesen vor. Zur Demonstration des verbrecherischen Unsinnns der großen Inflation hatte er sein Wartezimmer an den Wänden mit zahlreichen Notgeldscheinen tapeziert." 1924 veröffentlichte Dr. Sternberg eine noch heute lesenswerte Schrift: "Warum und wie zur Freiwirtschaft?" Dieses Dokument werden wir auszugsweise veröffentlichen und erfüllen damit den Wunsch vieler Freunde. Als Auftakt nun sein Lebenslauf:

Erzogen im jüdischen Glauben, Studium der Medizin in Göttingen und Würzburg; lebte dann als Arzt zunächst in Oldersum, dann lange Jahre in Emden, wo er als Sanitätsrat tätig war; während des 1. Weltkrieges war er Stabsarzt.

In den Jahren ab 1880 gehörte er der Fortschrittspartei bzw. der Deutsch-Freisinnigen Partei an, die unter der Führung Eugen Richters die Politik Bismarcks, insbesondere dessen Wirt-

schafts- und Sozialpolitik, heftig bekämpfte. Nach ihrer Spaltung (1893) schloß er sich der Freisinnigen Vereinigung an.

Da diese ihm aber zu stark am Manchesterliberalismus orientiert war, und er einen echten Sozialismus wollte, wandte er sich dem Studium der bodenreformerischen Werke von Henry George und Michael Flurschheim (dessen Schwager er war) zu. Er wurde dann Mitbegründer des Bundes für Bo-

denbesitzreform, aus dem - ebenfalls unter seiner Mitwirkung - 1896 der von Adolf Damaschke angeführte "Bund Deutscher Bodenreformer" hervorging.

Aber nicht nur mit Damaschke, sondern auch mit Friedrich Naumann verband ihn eine persönliche Freundschaft. Für dessen Nationalsozialen Verein gründete er in Emden einen Ortsverband.

Als der Nationalsozialen Verein 1903 in der Freisinnigen Vereinigung aufging und diese sich mit der Deutschen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei (ab 1918: Deutsche Demokratische Partei) zusammenschloß, blieb er ihr Mitglied, um gemeinsam mit Naumann deren soziales Gewissen zu schärfen. Sein volkswirtschaftliches Denken wurde außerdem stark von seinem Schwager, dem Bankier und Finanzschriftsteller Ludwig Eschwege, beeinflußt.

1922 lernte Sternberg die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells kennen, die er sofort als notwendige Ergänzung zur Bodenreform ansah. Weil Damaschke jedoch nicht zur Aufnahme der Geldreform in das Programm der BDB bereit war, verließ er sowohl den BDB als auch die Deutsche Demokratische Partei und widmete sich ganz dem Ausbau des Freiwirtschaftsbundes in Ostfriesland. Von 1924 bis 1929 war er außerdem Verordneter im Rat der Stadt Emden, um die soziale Not der unteren Bevölkerungsschichten zu lindern und die Kommunalpolitik im Sinne der freiwirtschaftlichen Ideen zu beeinflussen.

Dipl.-Ökonom Werner Onken

Der Dritte Weg

Freisoziale Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus

ZEITSCHRIFT FÜR EINE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG



**Silvio Gesells
Freiwirtschaft
nicht diktatorisch**

Seite 1

**Bankerott der
Novemberleute**

Seite 3

**Peter und
Renate**

Seite 6

**Im Einklang
mit der Natur**

Seite 7

**Ehe, Familie und
"Kinderfamilie"**

Seite 9

Soziallasten werden erhöht

Zu Beginn des Jahres 1989 werden die Sozialabgaben wieder steigen. Die Höchstsätze überschreiten dann erstmals die Grenze von 2000 DM je Monat. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden beim Höchstsatz je 28 DM je Monat mehr zahlen müssen als bisher. Während die Beitragssätze bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung gleichbleiben, erwartet man für 1989 einen erhöhten durchschnittlichen Beitragssatz (13,4 %) für die gesetzliche Krankenversicherung. Außerdem werden in allen drei Teilbereichen der Sozialversicherung die Bemessungsgrenzen erhöht.

Quelle: (BMA), (IW)

Unser Kommentar: Die Soziallasten müssen beim jetzigen System steigen, ein System, das fälschlicherweise Versicherung genannt wird. Seriöse Versicherungen schreiben Beiträge und Leistungen in einem Vertrag fest. Keine Versicherung kann es sich erlauben, einmal festgelegte Leistungen von sich aus zu ändern, wie es bei den Sozialversicherungen immer wieder vorkommt. Da wurden die Renten nach Bruttoverdiensten ausgerichtet, demnächst nach Nettoeinkommen. Die Arbeitslosenversicherung zahlt nicht nach tatsächlich geleisteten Beiträgen und die Leistungen der Krankenkassen werden je nach Kassenslage geändert, woraus der Run auf die Zahnärzte zum Ende des Jahres 1988 resultiert. Versicherungen müssen sicher sein und überschaubar in ihren Beiträgen und in ihren Leistungen für die Versicherten. Andernfalls werden die Versicherten zu Bittstellern gegenüber den gerade regierenden Politikern. Die beste Versicherung allerdings wäre eine brillante Wirtschaftspolitik, die die Arbeitslosigkeit beseitigt und damit eine Arbeitslosenversicherung ad absurdum führt. Doch Kurieren an den Symptomen bleibt allemal ertragreicher. Fragt sich, für wen. (ws)



**Persönlichkeits-
bild von
Silvio Gesell**

Seite 5

Gesichter Asiens

Seite 10

**Christliche
Stimmen
zur Freiwirtschaft**

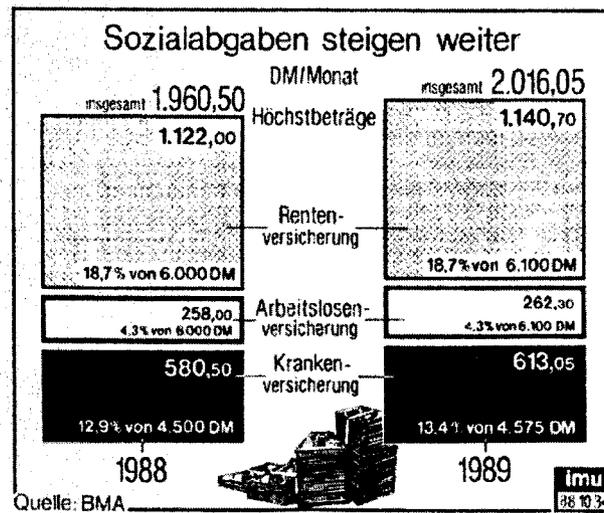
Seite 11

**Tagungsberichte
FFF und INWO**

Seite 12

**Schweiz
Lichtenstein**

Seite 13



UND AUSSERDEM: An unsere neu hinzugekommenen Leser * 1989 - wohin? * Pfarrer Burri zum Zins * Die Schweiz stimmt ab * Interaction Council * Stalin-Note gegensätzlich beurteilt * Echo auf den neugestalteten DRITTEN WEG * Brief aus Polen an einen Freisozialen * Marktwirtschaft = Kapitalismus? * Wenn das so einfach wäre * Notenbanken und Geldmenge *



Dr. Max Sternberg:

Der Bankrott der Novemberleute

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat - - - Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenüberreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stellen, Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortan morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden. Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung be-

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, beginnen wir mit einem Abdruck der Schrift von Dr. Max Sternberg "Warum und wie zur Freiwirtschaft?" Dr. Sternberg hat darin im Jahr 1924 in geradezu prophetischer Sicht das Versagen marxistischer Parteien vorausgesagt und das Überleben des Kapitalismus. Mit Schaudern erfüllt es den heutigen Leser, wenn Sternberg, selbst jüdischer Mitbürger, "eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze" der Deutschnationalen heraufkommen sieht, auf die "ja von jeher das dumme Volk hereingefallen ist."

Sternberg beginnt mit einem fiktiven Gespräch zwischen dem damaligen Großindustriellen Stinnes und den Führern der Sozialdemokratie. Bis auf die von uns kursiv gesetzten Wörter (im Original gesperrt), halten wir uns strikt an das vorliegende Dokument.

kümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet. Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie dermaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinewegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildert hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das Jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmei-

ben, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden." Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm

gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspfuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen."

Soweit Sinnes. Hier muß ich ein Geständnis machen. Die Geschichte ist, wie jeder Leser sofort gemerkt haben wird, frei erfunden, aber sie hätte sich doch so abspielen können. So nämlich hätte der Kapitalismus zum Marxismus sprechen können.

Wie war denn der Verlauf der Revolution? Die Verheißungen blühten: "Die Sozialisierung marschiert" - "Die Stunde der Befreiung der Arbeit hat geschlagen" - "Der Sieg der Arbeiterschaft" - "Der Kapitalismus liegt verendet am Boden." - So las man auf den Zetteln, die an den Plakatsäulen klebten, und ebenso hörte man es von den begeisterten Rednern im Blaukreuz-Saale. Was ist aus diesen Versprechungen geworden? Die Menschen hungern, sind arbeitslos, sie plündern,

sie bringen sich gegenseitig um. Das Reich droht auseinanderzufallen.

Die *Freiwirte* versuchten laut und vernehmbar dem Staatsschiff die rechte Richtung zu weisen, indem sie am 10. April 1919 der *Nationalversammlung* in Weimar eine *Denkschrift* überreichten, in der ein lückenloses Aufbauprogramm enthalten war, und in der vor allem die Bedingungen einer gesunden Währung, der ersten und letzten Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaft und damit

Theaters in den Hungertumulten umkommen. *Sie* gewinnen unter der Goldwahn herrschaft; *leiden* muß das unschuldige Volk, die Massen der Enterbten und Besitzlosen, die heute als Antwort auf ihren Schrei nach Brot durch Gewaltmittel zum Schweigen gebracht werden. Heute droht der Auseinanderfall Deutschlands. Seine Teile bekämpfen sich. Man weiß nicht, was morgen sein wird. Im Parlament und in den Regierungen öden sich Hader und größte Fahrlässigkeit an. *Das Volk ist verzweifelt*. Es ist viel verdorben. Solange aber noch eine menschliche Stimme sich Gehör verschaffen kann, bestehen unter gewissen Voraussetzungen immer noch Rettungsmöglichkeiten. Die *Freiwirte* bieten ihre Hilfe an. Wir haben ein Programm, das jeder Deutsche unterschreiben kann und muß, wenn er seiner "nationalen Gesinnung" den gewichtigen Inhalt geben will: *Aktive Währungspolitik*, wirkliche Festigung der Kaufkraft, Verhinderung der Krisen und der Arbeitslosigkeit; Begleichung der Reparationen aus eigener Kraft; eine Friedenspolitik, die vom Bürgerfrieden zum Völkerfrieden steigt, die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, also der Ausbeutung und somit *Lösung der sozialen Frage!* Die Voraussetzung dieser Reformen ist die Sachwertsteuer und zwar derartig, daß sofort die Tätigkeit der Notenpresse eingestellt wird. Die Voraussetzung aber dafür, daß die Reformen durchgeführt werden können, ist der Zusammenschluß der Schaffenden, in der die *Freiwirte* ihre

Schuldigkeit tun können.

Nicht der *Name* Republik tut es! Sie ist Hülle und muß mit *neuem Inhalt* gefüllt werden. Das wünschen wir *Freiwirte* ihr an ihrem schweren Krankenlager, von dem sie als neues kräftiges Gebilde aufstehen möge. Dieser Wunsch kann aber nur in Erfüllung gehen, wenn alle, die es ernst mit ihrem Volke meinen, sich um das Banner der *Freiwirtschaft* scharen und daran arbeiten, daß die Forderungen der *Freiwirtschaft*, die drei F: *Freiland, Freigeld, Festwährung* verwirklicht werden.

Liebe Leser, in der nächsten Ausgabe setzen wir den Abdruck dieser Arbeit von Max Sternberg fort. Er erhielt damals eine Entgegnung auf diesen Artikel. Seine Antwort lesen Sie im nächsten Heft.

Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus am Ende

Der Sozialismus marxistischer Prägung wächst nur dort, wo er noch nicht verwirklicht wurde, und nur deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft das Problem "Kapitalismus" nicht bewältigt hat.

Folglich sind Arbeiter und Unternehmer als die zuerst Betroffenen (Arbeitslosigkeit, Konkurs) aufgerufen, auch zuerst alternativ zu denken und zu wirken: gegen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus.

Wir im "Westen" sollten uns vornehmlich auf die Überwindung des Kapitalismus konzentrieren, wohl wissend, daß der Kommunismus mit dem Kapitalismus untergeht, denn wenn nicht einmal die Ungerechtigkeiten im "real existierenden Sozialismus" überwunden werden können, bleibt dieser angebliche Sozialismus chancenlos gegenüber einer freiheitlichen, gerechten Ordnung in Frieden und Wohlstand. (ws)

eines gesunden Gemeinschaftslebens, entwickelt wurden. Die *Denkschrift* erinnerte daran, daß "jetzt, wo so viele Wahngebilde in Scherben liegen", auch die Zeit gekommen sei, das älteste und gefährlichste Gebilde zu Grabe zu tragen, nämlich den Goldwahn. Nun, man hat ihn nicht zu Grabe getragen. Man hat in der Reichsverfassung dem Volke allen möglichen Schutz mit allen möglichen Forderungen versprochen: Wohnungen, Gerechtigkeit, Schutz des Eigentums. *Keine* Botschaft hat sich erfüllt. Diese Niederlage mußte kommen, weil der Goldwahn-Götze nicht zertrümmert wurde.

Man erntet die Früchte, die man säte. Wer nicht hören will, muß fühlen. Nur schade, daß nicht die Schuldigen, nicht die geheimen Regisseure des Goldwahn-

Dr. Sternbergs Arbeit setzen wir heute fort und stellen sie unter den Titel:

Wer die Währung nicht meistert, wird immer scheitern, ob in Weimar oder Bonn

1924, in der Zeit der großen Inflation, geht Dr. Max Sternberg hart mit den Wahrungspuschern ins Gericht. Es wäre für ihn unfaßbar gewesen, hätte man ihm prophezeit, in Kürze würden dieselben Verbrechen von Krieg und Inflation auf Europa zukommen. Wir, die wir den "2. Durchgang" überstanden haben, müssen alles daransetzen, erneut aufkommende Gefahren abzuwehren. Das gelingt uns nur mit dem Rüstzeug, wie es Sternberg schon damals vorstellte. Falls Sie, liebe Leser, Sternbergs Artikel in den Heften 12/88 und 1/89 nicht vorliegen haben, bestellen Sie diese bitte in unserer Geschäftsstelle.

Auf vorstehenden Artikel (wir drucken ihn in der Januar-Ausgabe des DRITTEN WEGES unter dem Titel "Der Bankerott der Novemberleute" ab - die Redaktion) erfolgte eine Entgegnung, die ich folgendermaßen beantwortete: Ich hatte behauptet:

1. Die Novemberleute hatten anfangs alle Macht.
2. Sie machten dem Volke Verheungen betr. Triumph der Arbeit und Ende des ausbeuterischen Kapitalismus.
3. Das Gegenteil von diesen Verheungen ist eingetreten.
4. Schuld an dem Mißerfolg ist der Umstand, daß die Novemberleute das Geld nicht zu meistern verstanden, daß sie den Goldwahnghotzen nicht zertrumerten.

Gegen diese Behauptungen wird mit keiner Silbe ein Gegenbeweis versucht, wohl aber wird bestätigt, daß bei Marx das Wort Währung nicht vorkommt. Daran anschließend fragt Einsender, wie alt denn das Wort Währung sei. Das Wort Währung ist so alt, wie Menschen über Geld volkswirtschaftlich nachdenken. Wenn es aber für den Einsender scheinbar neu ist, überhaupt für die großen Massen neu ist, so beweist das, daß man auf das Wahrungsproblem bislang wenig Wert legte, oder daß gewisse Kreise tätig waren, das Wahrungsproblem zu verdunkeln, oder daß beide Umstände zusammen tätig waren. Jetzt freilich verbreitet unser Wahrungselend einen derartigen Gestank, daß die ganze Luft verpestet wird. Unsere Wahrungspuschler, stellenweise verdienen sie aber die Bezeichnung "Wahrungsverbrecher", haben den größten Volksbetrug begangen, den die neuere Geschichte kennt. Sie haben die Mündel, die Hypothekengläubiger, die Inhaber der Sparkassenbücher usw. um ihr Vermögen gebracht; sie sind schuldig, daß der ehrbare Kaufmann sich "arm verkauft", der Schieber aber die Führung übernommen hat; sie sind schuldig, daß unsere ganze Wirt-

schaft in Unordnung geraten ist, so daß, wie der Deutschnationale Graf Westarp kürzlich im Reichstage sagte, das deutsche Volk bei gefüllten Scheunen verhungern wird; sie sind schuldig für die in erschreckender Weise zunehmenden Geistesstörungen und Selbstmorde; sie sind schuldig, daß uns der Ruhrbezirk und das Rheinland verloren geht oder schon so gut wie verloren ist. Jetzt endlich muß wohl von Währung geschrieben werden, aber leider Gottes meistens nur so, wie die hinter den Kulissen stehenden kapitalistischen Drahtzieher es für gut befinden.

Auf die "marxistischen" Theorien, die in der Entgegnung angeführt werden, gehe ich nicht ein und zwar aus folgendem Grunde:

Der Marxismus ist tot. Zur Strecke gebracht ist er von Mitgliedern der sozialistischen Partei, den Revisionisten. Diese haben in zäher, jahrelanger Arbeit



Dr. Max Sternberg:

"Unsere Wahrungspuschler haben den größten Volksbetrug begangen, den die neuere Geschichte kennt."

nachgewiesen, daß die marxistische Verelendungstheorie, die Konzentrationsstheorie, die marxistische Agrartheorie und schließlich das Fundament der Lehre von Marx, die Wert- und Mehrwerttheorie wissenschaftlich nicht haltbar sind. So haben sie einen Stein nach dem anderen aus dem einst so stolzen Bau zum Abbröckeln gebracht. Selbstverständlich, daß sie anfangs als Ketzer und Parteizerstorer gescholten wurden. Auf den Parteitagern donnerte und krachte es, daß manche Leute hofften, die Partei würde auseinanderfallen. Regelmäßig wurden dort die Revisionisten totgeschlagen, um - auf dem nächsten Parteitage quicklebendig und in größerer Zahl und mit größerer Kampfesfreudigkeit wieder zu erscheinen, bis schließlich auf dem Görlitzer Parteitage ihr Programm fast widerspruchlos und wie eine selbstverständliche Sache angenommen wurde. In dem dort aufgestellten Programm könnten in dem wichtigsten Abschnitte: "Wirtschaftliche Forderungen" die beiden ersten Sätze, die sich mit der Sozialisierung des Grund und Bodens befassen, weit besser, weit sozialistischer durch ein einziges Wort ersetzt werden, nämlich durch unser Wort: "Frei-Land". Alle übrigen Forderungen sind derart, daß jeder brave Burgersmann sich mit ihnen einverstanden erklären kann. Man kann somit diesen Abschnitt des Programms als Todesanzeige des Marxismus betrachten. Ähnlich muß auch wohl der Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, gedacht haben, als er nach Annahme des Programms sagte, von jetzt ab müsse mancher Genosse seine alten Götter, nämlich seine alten Manuskripte, die er für die Volksversammlungen liegen habe, verbrennen. Viele Genossen haben sie trotzdem noch nicht verbrannt und reden und schreiben noch gerade, als ob das Erfurter und nicht das Görlitzer Programm gültig sei. So auch unser Einsender. Ich habe darum keine Neugung, Zeit

einen einzigen Punkt zurückführen: Aufhebung des Privateigentums. Anders ausgedrückt: Überall dort, wo das Privateigentum aufgehoben ist, herrscht der Kommunismus. Aus diesem Grunde ist nicht daran zu denken, daß die russischen Kommunisten das Staatseigentum (an den Produktionsmitteln) je aufheben werden. Das Staatseigentum ist die wichtigste Säule ihrer Macht.

Aufhebung des Privateigentums - auch bei uns

Daran sollte man denken, wenn man das Schauspiel betrachtet, das der Kapitalismus heute dem Betrachter bietet: Aufhebung des Privateigentums. Täglich schlucken Riesenkonzerne privates Produktivkapital, privates Eigentum, vernichten Privateigentum, verwandeln selbständige Unternehmer in weisungsgebundene Angestellte des Großkapitals. Die Herrschaft allein über die Geldhebel reichte dem Kapital nicht mehr aus. Es schritt zur Enteignung der "Bourgeoisie". Denn der Übergang von Privateigentum in Konzerneigentum gleicht einer Enteignung. Die Wunderwirkungen des Privateigentums beruhen auf der Freiheit, die es dem Eigentümer gewährt, einer Freiheit, die sich jedoch durch die persönliche Haftung für seine Geschäfte, für den von ihm angerichteten Schaden und für die von ihm verursachten Verluste in gesellschaftlich überaus nützlicher Weise gebremst, eingeschränkt und mit dem Gesamtwohl zur Deckung gebracht sieht. Nur die persönliche Haftung und überschaubare Verhältnisse (Glasnost) garantieren, daß auf einem freien Markt Eigeninteresse und Gesamtwohl zur Übereinstimmung gelangen.

Mehr Konzerneigentum = Enteignung des Mittelstandes

Beim Übergang in Konzerneigentum entfällt für die neuen Eigentümer jedoch die persönliche Haftung. Auch das Steuerrecht begünstigt durch die steuerlichen Vorteile, mit denen es die Umwandlung von Einzelunternehmen in haftungsbeschränkte Gesellschaften belohnt, die Vernichtung von Privateigentum. Jetzt kann man schon Freiberufler, Handwerker usw. sehen, die als GmbH firmieren. Man sieht deutlich, wohin die Reise geht. Die heutigen Umweltverwüstungen, die die öffentliche Meinung früher von einem persönlich bekannten und haftenden Unternehmer nicht hingekommen hätte, sind direkte Folgen von Haftungsbeschränkung und Anonymität im Rahmen

eines ungerechten, menschen- und naturfeindlichen Zinssystems.

Daß die Reise aber auch in Richtung weltstaatlicher Lösungen geht, sieht man überdeutlich am Ausverkauf staatlicher Machtinstrumente an multinationale Konzerne. Man denke an die bevorstehende Teilprivatisierung der Deutschen Bundespost und an den Ausverkauf der britischen Telekommunikationssysteme an ausländische Kapitalisten, um nur zwei der alarmierendsten Symptome zu nennen.

Die Lage eines Managers in einem großkapitalistischen, noch dazu ausländischen Konzern unterscheidet sich kaum von der Lage eines Unternehmensleiters in einem sozialistischen Staatsbetrieb. Sehr wesentlich unterscheidet sie sich dagegen von der Lage eines voll haftenden Betriebseigentümers, denn dieser kann frei entscheiden, jener ist Befehlsempfänger. Der Enteignungsprozeß der Privatunternehmer, das heißt des produktiven Mittelstandes, einschließlich des Bauernstandes, hat ein rasantes Tempo angenommen, zumal die begehrten Unternehmen heute oft mit brutaler Gewalt von Stärkeren unterworfen und sich einverleibt werden. Damit schwindet der sonst sichere Widerstand gegen eine etwaige unblutige Verstaatlichung der Produktionsmittel. An dem Manager eines kapitalistischen Konzerns geht eine etwaige Verstaatlichung fast unbemerkt vorbei. Wesentliches ändert sich für ihn an seiner Stellung nicht.

Der Westen marschiert daher in Richtung Marxismus, während sich der Osten in Richtung Marktwirtschaft bewegt. Die Annäherung der beiden Systeme ist unübersehbar. Die Vordenker in Ost und West dürften sich an dem Kreuzungspunkt der fortgeschriebenen Entwicklungslinien ihrer Systeme, bildlich gesprochen, bereits in den Armen liegen. Deshalb die erstaunlichen Fortschritte bei der Aufräumung jahrzehntealten, der Annäherung im Wege stehenden Ballasts und der Abrüstungsverhandlungen.

Die Funktionsbedingungen des Kapitalismus

Die Entwicklung der hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften in Richtung Staatskapitalismus läßt nicht auf eine Verschwörung schließen, sie ist eine zwangsläufige, weil die Freie Marktwirtschaft der Gründer zwei tödliche Erbübelen von allen früheren Gesellschaften übernommen hatte: Das zinstragende Geld und das zinstragende Bodeneigentum. In seiner Form als Zinsseszins begründet der Kapitalzins ein stän-

diges, unaufhaltsames, schließlich sogar exponentielles Wachstum, das es der ganzen Wirtschaft aufzwingt. Wirtschaftskrisen, Kriege und Katastrophen mit der Folge der Kapitalvernichtung sind daher die Funktionsbedingungen des Kapitalismus. Nach über 40 Jahren ununterbrochenen, ungestümen Wachstums der westlichen Wirtschaften hat dieses ein derartiges Tempo angenommen, daß die Kapitalverzinsung im Rahmen der einheimischen Wirtschaften rechnerisch unmöglich geworden ist. Hilfe mußte in der Dritten Welt gesucht werden.

Beibehaltung des Status quo: Zusammenbruch und Chaos

Doch mehr als Atempausen kann selbst die mörderische Verschuldung dieser Länder von jetzt 1,2 Billionen Dollar nicht schaffen. Der Schrei nach einem grundsätzlichen Umbau des Weltwirtschaftssystems geht daher von der Wirtschaft selber aus. Auch die kapitalistischen Machteliten müssen nach Wegen suchen, den tödlichen Expansionszwang ohne Gefährdung ihrer Macht und ihres Reichtums zu überwinden. Sie befinden sich in der gleichen Lage wie die sowjetischen Machthaber: Die Fortsetzung des Status quo bedeutet Zusammenbruch und Chaos, die Zerstörung der eigenen Macht kommt nicht in Frage, ein neues System muß die Macht mit einer funktionsfähigen Wirtschaft, die nicht erneut in Katastrophen und Umweltverwüstung endet, versöhnen.

Die Fortsetzung des Status quo ist auch deshalb undenkbar, weil das System keine Lösung für die wachsende Arbeitslosigkeit, die Funktionsbedingung für die Kapitalverzinsung, kennt und kennen kann: ohne Arbeitslosigkeit kein Zins. Deshalb sind Kapitalismus und Arbeitslosigkeit untrennbar, denn bei Vollbeschäftigung schrumpft der Mehrwert und damit der Zins.

Nochmals: Innerhalb des Kapitalismus gibt es keine Lösung des Zwangswachstums, der Umweltzerstörung, der Krisen und der Arbeitslosigkeit und somit des Familienzerrfalls, des Wertverlusts und des gesellschaftlichen Friedens.

Welche zukünftige Ordnung kann diese Probleme lösen, ohne die Macht der Mächtigen in Gefahr zu bringen?

Wir setzen diesen Beitrag in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift mit dem Kapital 2.3 fort: "Ost und West haben das gleiche Zielbild erkannt: Gesell, aber auf diktatorisch"

Dr. Max Sternberg setzt sich in dieser Fortsetzung mit einem hochaktuellen Thema auseinander:

Der Fehler im Marx'schen System

"Die zweite russische Revolution", von der Gorbatschow in seinem Buch "Perestroika" redet, ist nichts anderes als die Reaktion auf die Fehler im Marx'schen System. Wieviel Mühen, wieviel Leiden wären dem russischen Volk erspart geblieben, wenn die Verfechter des Maxismus bisher nicht taub gewesen gegenüber sachlicher Kritik und durchdachten Gegenvorschlägen. Die Gemeinsamkeit der Kapitalismuskritik bei Marxisten und Freiwirtschaftlern darf die völlig unterschiedlichen theoretischen Ansatzpunkte zur Kapitalismusüberwindung nicht verdecken. Der folgende Text macht das deutlich.

Das Gewicht eines Klumpen Butters bestimmt man mit der Waage. Dieser Klumpen hier gleich 1 Pfund. Die Waage ist im Gleichgewicht. Es bleibt sich nun gleich, ob ich die Butter auf die rechte Waagschale lege oder auf die linke, durch den Umtausch wird das Gleichgewicht nicht gestört. Der Wert des Klumpens wird bestimmt durch eine gewisse Gewichtsmenge eines gewissen Edelmetalls, des Währungsmetalls, des Goldes. 1 Pfund Butter gleich so und so viel Gramm Gold, gleich 1 Mark. Beide Größen sind gleich viel wert und Marx, der noch in der Zeit der Fremdwörterepidemie lebte, gebrauchte für diese Gleichwertigkeit das Wort Äquivalenz. Sind nun gleiche Mengen Waren und Geld volkswirtschaftlich äquivalent, kann ich diese Teile tauschen, wie ich Gewicht und Ware tauschen kann? Nach Marx' Lehre ist das Geld ein Äquivalent der Ware, somit ein harm- und schuldloses Ding. Die Freiwirte dagegen sagen, wie ich zum besseren Verständnis des Folgenden hier schon vorweg bemerke, daß das Geld, weil unvergänglich, der Ware, die vergänglich, überlegen ist, daß es somit mächtiger ist als die Ware, daß man somit von einer Äquivalenz zwischen Geld und Ware nicht reden kann, daß somit die Gesetze für die Warenzirkulation ganz andere sein müssen als wie die für die Geldzirkulation. Selbstverständlich, daß einem Denker wie Marx die Überlegenheit des Geldes nicht entgehen konnte, aber er zieht daraus nicht den Schluß, daß von einer Äquivalenz nicht gesprochen werden darf. Gerade aus diesen Stellen, wo er von der Äquivalenz redet, läßt sich am leichtesten der Beweis führen, daß die Marx'sche Wertlehre unrichtig ist. Es heißt bei Marx, Kapitel I:

"Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform verwächst, wird zur Geldware und funktioniert als Geld. Es wird ihre spezifische gesellschaftliche Funktion, und daher ihr

gesellschaftliches Monopol (von uns kursiv gedruckt), innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalents zu spielen. Diesen bevorzugten Platz hat unter den Waren ... eine bestimmte Ware historisch erobert, das Gold".

Wie kann ein Ding, das zum *gesellschaftlichen Monopol* wird - ein Äquivalent aller übrigen Waren sein und sich einen *bevorzugten Platz* unter den Waren erobern?

Weiter:

"Mit der Ausdehnung der Warenzirkulation wächst die Macht des Geldes."

Wie kann mit der Ausdehnung der Warenzirkulation *einseitig* und *nur* die Macht des Geldes wachsen, wenn das Geld ein Äquivalent der Waren ist? Marx spricht hier von der Macht der Ware, im Gegenteil, er nennt sie "profane Ware". Das Geld nennt er sogar "Macht aller Mächte".



Dr. Max Sternberg:

"Nicht die Fabrik, nicht das Produktionsmittel, sondern das Geld ist als 'Machthebel' der Ausbeutung zu betrachten."

Gleich darauf zitiert Marx Worte von Kolumbus aus einem Briefe von Jamaika: "Gold (d.h. Geld) ist ein wunderbares Ding! Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht. Durch Gold (soll heißen Geld) kann man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen."

Ich bitte den Leser im obigen Satze nach der Lehre von der Äquivalenz das Wort "Gold" durch den Namen irgend einer Ware, z. B. Stroh, Wichse, Lebertran zu ersetzen, dann den Satz nochmal zu lesen, und er wird nie mehr von der Äquivalenz zwischen Geld und Ware reden, schreiben und denken.

Die Dialektik von der Äquivalenz zwischen Geld und Ware verführte den großen Denker endlich so weit, daß im "Kapital" auch folgende Zeilen zu lesen sind:

"Er (d.h. der Besitzer der Arbeitskraft, Arbeiter) und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markte und treten in Verhältnis zueinander als ebenbürtige (!!) Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andere Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind."

Wenn hier Marx anstatt juristisch - wirtschaftlich geschrieben hätte (und von der Seite der wirtschaftlichen, nicht der juristischen Gesetze müssen die Verhältnisse bei den wirtschaftlichen Vorgängen untersucht werden), da wäre der klaffende Unterschied zwischen Geld- und Warenbesitzer, zwischen einem gewaltigen Rotschild und einem Proletarier mit seiner Arbeitskraftware so augenfällig, daß Marx bei diesem Kauf und Verkauf, bei diesem Tauschprozeß leicht hätte finden können, daß das Instrument der Ausbeutung das Geld und nicht die Fabrik ist.

Neben Marx ist Engels der zweite Geistesriese im Reiche des Sozialismus. Er sagt:

"An die Stelle der gewaltsamen Unterdrückung trat die Korruption, an die Stelle des Degens, als des ersten gesell-

schaftlichen Machthebels, das Geld." (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, S. 18.)

Daraus geht doch logischerweise klar hervor, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht die Fabrik, nicht das Produktionsmittel, sondern das Geld, als "Machthebel" der Ausbeutung zu betrachten ist.

Am klarsten aber tritt die Unäquivalenz zwischen Geld und Ware bei Kautsky, dem eigentlichen Oberhüter der reinen Lehre, hervor. Er sagt:

"Im Begriff des Geldes liegt es schon, daß es im Unterschied von allen anderen Waren eine Ware ist, die jeder unter allen Umständen gebrauchen kann. Dadurch gerade wird die Geldware zu Geld." (Karl Marx' ökonomische Lehren, S. 58.)

Also nicht die Äquivalenz, sondern schon der begriffliche Unterschied zwischen Geld und Ware ist es, was die Geldware zu Geld macht. Ganz richtig. Der Unterschied, der ungeheure, der unüberbrückbar klaffende Unterschied zwischen unserem Geld und "profaner" Ware macht das Geld zur "Macht aller Mächte", "zum gesellschaftlichen Hebel", gibt ihm den "Monopol- und Vorzugsplatz unter den Waren" und verleiht ihm die "Magie", mit welcher "man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen kann."

Bei diesem Sachverhalt muß es doch sonnenklar sein, daß es unbedingt nicht möglich ist, das Warenzirkulationsgesetz auch auf das Geld einfach anzuwenden.

Wie wenig Marx sich um die Natur des Geldstoffes, wie wenig er sich um die Gesetze der Geldzirkulation kümmerte, geht am besten daraus hervor, daß, wie bereits früher erwähnt, in dem Buche "Karl Marx, Sein Leben und seine Lehre" das Wort Geld nur ein einziges Mal vorkommt. Im Gegensatz dazu halten wir Freiwirte den Geldstoff und Gesetze der Geldzirkulation für so wichtig, daß von unseren drei F das zweite F Frei-Geld und das dritte F Festwährung bedeutet. Jetzt versteht jeder Leser auch, warum ich anfangs Stinnes sagen ließ, in dem Buche käme das Wort Geld nur ein einziges Mal vor.

Das Fundament des Marx'schen Lehrgebäudes ist die Mehrwertlehre: Der Besitzer der Produktionsmittel kauft Ware

"Arbeitskraft". Der Arbeiter schafft dann mehr an Werten, als er an Lohn erhält. Dieser von ihm geschaffene Mehrwert gehört dem Besitzer der Produktionsmittel, er ist der Profit des Besitzers, er ist die Quelle der Ausbeutung. Die ungeheure praktische Bedeutung dieser Lehre wird uns sofort klar, wenn wir die Frage stellen: "Wo steckt nach dieser Lehre der innerste Kern der kapitalistischen Macht und wie muß nach dieser Lehre die kapitalistische Macht gebrochen werden, damit die Ausbeutung nicht mehr möglich ist?" Der innerste Kern der kapitalistischen Macht steckt nach dieser Lehre in dem Privatbesitz der Produktionsmittel. So sagt Radeck, der russische Sowjet-Führer, in der Russ. Korrespondenz 1920: "Der Prozeß der sozialen Revolution besteht ja gerade darin, daß die Arbeitermassen in eine Lage kommen, in der sie jedes Vertrauen zum Kapital verlieren und darum die Hand ausstrecken nach der kapitalistischen Macht in ihrem innersten Kern: den Werken und Fabriken."

Demnach muß die kapitalistische Macht dadurch gebrochen werden, daß die "Werke und Fabriken" dem Privatbesitz genommen und sozialisiert werden.

Massen denken langsam, ändern nur langsam ihre Anschauungen. Jahrzehnte lang ist die Mehrwertlehre in die Köpfe der Massen hineingehämmert worden. Da sitzt sie nun fest wie ein religiöses Dogma. Mag auch der Parteivorsitzende Hermann Müller nach Annahme des Görlitzer Programms aufgefordert haben, die alten Götter zu verbrennen, die Massen verbrennen die alten Götter nicht sofort, sie hängen an dem alten Glauben, daß die Mehrwertlehre richtig sei, daß der Unternehmer der Feind sei, daß Kapitalist und Unternehmer identische Begriffe seien.

Ob hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei heute noch die Mehrwertlehre für richtig halten, weiß ich nicht. Wohl aber kann ich solche anführen, die die Mehrwertlehre für falsch, für schädlich erklären.

Es war einige Wochen vor Beginn des Belagerungszustandes. Öffentliche Volksversammlung in der Tonhalle, einberufen von kommunistischer Seite. Referent: Landtagsabgeordneter Skellerup. Ich hörte in der Versammlung genügend von Marxismus und marxistischen

Theorien. In der Diskussion ergriff ich das Wort und sagte: "Wer von Ihnen hat denn die drei Bände Kapital von Marx gelesen? Er hebe den Arm hoch." Kein Arm erhob sich. "Nun wohl", sagte ich, "Sie haben aber ein Lehrbuch: Karl Marx, Sein Leben und seine Lehre, von Beer." "Ein vorzügliches Buch", warf der neben dem Rednerpult sitzende Referent dazwischen. "Jawohl", sagte ich, "haben Sie geehrte Versammlung gehört, was der Referent gesagt hat?: Ein vorzügliches Buch. Kennen Sie das Buch?" "Jawohl", tönte es mir vielfach aus der Versammlung entgegen. "Schön", fuhr ich fort, "in diesem Buche heißt es: denn diese Lehre (Mehrwerttheorie) ist der Angelpunkt seines Systems ... Der Mehrwert ist also die treibende Kraft der Geschichte der modernen kapitalistischen Gesellschaft." Ich fragte: "Ist das richtig?" "Jawohl", tönte es mir vielfach entgegen, ja, ich hörte sogar vereinzelt "selbstverständlich". "Schön", sagte ich, "nun hören Sie weiter, wie sich der Verfasser dieses 'vorzüglichen' Buches in dem Kapitel 'Schlußbetrachtung' zur Mehrwerttheorie stellt. Er sagt: 'Denn es ist unmöglich, die Ansicht von der Hand zu weisen, daß die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie eher die Bedeutung eines politischen und sozialen Schlachtrufes als die einer ökonomischen Wahrheit hat. Sie ist bei Marx die Begründung des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, ebenso wie die Ricardosche Rententheorie die Begründung des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen die Junkerklasse war, oder die naturrechtliche Lehre vom Gesellschaftsvertrag die Begründung des Klassenkampfes der bürgerlichen Welt gegen die Autokratie und gegen das Gottesgnadentum bildete. Derartige Kampftheorien müssen nur für das Empfinden der kämpfenden Massen wahr sein.'" (Von uns kursiv gedruckt.)

"Nun, geehrte Versammlung", sagte ich, "was sagen Sie jetzt zu diesem Urteil in ihrem 'vorzüglichen' Buche?" Ich hörte keinen Ton, sah aber verdutzte Gesichter.

Dr. Sternberg hatte bei den Zitaten aus dem "Kapital" von Karl Marx auch die Seiten angegeben. Wir haben sie weggelassen, weil wir nicht wissen, auf welche Ausgabe er sich bezieht.

Als Ergänzung zur Arbeit von Dr. Sternberg empfehlen wir Ihnen:

Die Wunderinsel Barataria (Der verblüffte Sozialdemokrat)

Diese Schrift kostet 2,- DM (in Esperanto 4,50 DM, in Ido 4,- DM).

Bestellen Sie bitte bei der FREISOZIALEN UNION FSU, Feldstraße 46, 2000 Hamburg 36

"Die Marxsche Mehrwerttheorie hat geschichtliche Bedeutung; sie heute als Baustein für den praktischen Sozialismus aufrecht erhalten zu wollen, ist nicht nur unnötig, sondern auch schädlich."

Vor 55 Jahren veröffentlichte dies ein Gewerkschaftsverlag. 55 Jahre fataler Irrungen des praktischen Sozialismus mußte Osteuropa erdulden, bis die ungelösten Probleme die oben genannte Erkenntnis bestätigten.

In der vorliegenden Fortsetzung beschreibt Dr. Max Sternberg

Die Überwindung von Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus durch die Freiwirtschaft

Im vorigen Jahr (gemeint ist das Jahr 1923, die Redaktion) sind im Verlag des *Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes* "Volkswirtschaftliche Vorträge" erschienen von Dr. Striemer, dem Herausgeber der "Betriebsrätezeitung". In diesen Vorträgen, die für die Führer der Gewerkschaftsbewegung bestimmt sind, schließt das Kapitel über den Mehrwert mit den Worten: "*Die Marxsche Mehrwerttheorie hat geschichtliche Bedeutung; sie heute als Baustein für den praktischen Sozialismus aufrecht erhalten zu wollen, ist nicht nur unnötig, sondern auch schädlich.*"

Der erste Band von Marx' Kapital erschien im Jahre 1867, die andern beiden Bände wurden zirka 20 bzw. 30 Jahre später nach dem Tod von Marx von Engels herausgegeben. Ist nun das Lebenswerk von Marx, das in langen Jahren entstanden ist, aus einem Guß? Nein. Schon 1875, als die Sozialdemokratie in Gotha an die Spitze ihres Programms den Satz stellte: "Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur", hat Marx in einem Schreiben vom 5. Mai 1875 sich heftig dagegen gewandt und geschrieben: "Das Monopol des Grundeigentums ist die Basis des Kapitalmonopols." Im gleichen Sinne steht im 3. Band der wichtige programmatische Satz: "Das Monopol des Grundeigentums ist die fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktion". Das heißt mit anderen Worten, d. h. in einfachem Deutsch: "Der Privatbesitz am Grund und Boden ist die eigentliche Ursache, wodurch der eine Mensch den anderen ausbeuten kann." Wenn der Privatbesitz des Grund und Bodens die Grundlage der kapitalistischen Produktion sein soll, dann kann aber nicht mehr die Arbeit, die Maschine es sein, wie es die Mehrwerttheorie behauptet. Wir verstehen jetzt

auch, warum Striemer seinen Betriebsräten sagte, die Mehrwerttheorie sei für den praktischen Sozialismus nicht allein unnötig, sondern schädlich. Wenn Striemer die Mehrwerttheorie für den praktischen Sozialismus als schädlich erklärt, so sagt er mit anderen Worten zu seinen Leuten: "Sechs Jahrzehnte lang habt ihr auf Grund der Marx'schen Mehrwertlehre Kapitalist und Unternehmer für identisch gehalten, sechs Jahrzehnte lang seid ihr mit dem Feldgeschrei "Sozialisierung" gegen die "Werke und Fabriken" angestürmt mit keinem anderen Erfolg, als daß ihr euch den Schädel eingenannt habt, und weitere Jahrzehnte werdet ihr euch den Schädel einrennen, wenn ihr so weiter kämpft. Bedenkt jetzt doch, daß in den "Wirtschaftlichen Forderungen" des Görlitzer Programms von der Sozialisierung der "Werke und Fabriken" nicht mehr die Rede ist, daß aber die Sozialisierung des Bodens an die



Dr. Max Sternberg:

So lange es Zins gegeben hat, hat der Arbeiter noch niemals seinen vollen Lohn erhalten!

Spitze der Forderungen gestellt ist. Bedenkt, daß Marx im dritten Band gesagt hat: "Das Monopol des Grundeigentums ist die fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktion". Also heran an die Sozialisierung des Bodens, dann werdet ihr Erfolg erzielen, dann werdet ihr praktischen Sozialismus leisten."

Hat Striemer Recht, wenn er in diesem Sinne sprechend die Mehrwertlehre für den praktischen Sozialismus als schädlich erklärt?

Wenn wir den ganzen Marx betrachten, dann sehen wir, daß die Kommunisten sich auf den jungen Marx, Kapital erster Band, stützen, die Mehrheitssozialisten dagegen auf den älteren Marx, Kapital dritter Band. Die Freiwirte knüpfen nun da an, wo Marx stehen geblieben ist. Wenn Marx das Geld als die "Macht aller Mächte", seine Funktion als Tauschmittel als "gesellschaftliches Monopol" bezeichnet, aber vom Gelde selbst so wenig sagt, daß seine Jünger ein Lehrbuch seiner Lehre schreiben konnten, in dem das Wort Geld nur ein einziges Mal vorkommt, dann liegt es klar auf der Hand, daß hier die weitere Arbeit einsetzen muß, daß das Wesen des Geldes weiter ergründet werden muß. Diese Arbeit hat Silvio Gesell geleistet. Auf seinen Schultern steht die Lehre von der Freiwirtschaft. Dieser wollen wir uns jetzt zuwenden und damit den Marxismus verlassen. Selbstverständlich werden wir auch die alte Überschrift aufgeben und die folgenden Ausführungen erscheinen lassen unter dem Titel:

Warum und wie zur Freiwirtschaft?

Zweck der Volkswirtschaft ist:

1. Güter zu erzeugen, 2. die erzeugten Güter möglichst gerecht zu verteilen. In beiden Beziehungen versagt die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Auch der überzeugteste Anhänger der kapitalisti-

schen Wirtschaftsordnung wird zugeben müssen, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung jederzeit unbeabsichtigte Unterbrechungen der Gütererzeugung, sogenannte Wirtschaftskrisen, eintreten können, in denen die Gütererzeugung auf den Bruchteil ihres früheren Betrages zurückgeht. Ich verweise darauf, wie gerade jetzt ein allgemeiner Mangel an Gütern ist, und wie Tausende arbeitslos sind, die diese Güter gerne herstellen wollten und könnten. Der überzeugteste Anhänger des Kapitalismus wird ferner nicht bestreiten können, daß die Güterverteilung in bezug auf Einkommen höchst ungerecht ist, daß nämlich vielfach Leute, die fleißig und nützlich arbeiten, ein kärgliches Einkommen haben, und daß vielfach Leute, die gar nicht arbeiten oder höchst unproduktive Arbeit leisten, ein Einkommen haben, das ihnen gestattet, herrlich und in Freuden zu leben. Ist das die vielgepriesene "göttliche und situliche Weltordnung"? Nein, für eine solche Ordnung nicht den Menschen, sondern den allmächtigen Schöpfer verantwortlich zu machen, ist Gotteslästerung.

Wo steckt der Fehler? Sehen wir nach.

Bei jeder Gütererzeugung wirken stets drei Faktoren mit: Arbeit, Kapital und Boden. Unter Arbeit ist jede Güter erzeugende Tätigkeit zu verstehen, unter Kapital jeder Gütervorrat, mit dessen Hilfe neue Güter erzeugt wrden können, und unter Boden jedes natürliche Vorkommen.

Unter den verschiedenen Formen, welche das Kapital annehmen kann, ist bei entwickelter Arbeitsteilung eine ganz bestimmte Form am wichtigsten, nämlich das Geld. Bei entwickelter Arbeitsteilung kann keine Gütererzeugung ohne Geld begonnen noch ohne Geld fortgesetzt werden. Geld ist tatsächlich der nervus rerum, die wichtigste unter all den tausendfältigen Formen, unter denen das Kapital überhaupt aufzutreten vermag. Lassale nannte es deshalb auch das "Capital par excellence", das Urkapital, das Kapital der Kapitale.

Wir können nun unter Bezugnahme auf die moderne Wirtschaft die drei Faktoren, welche stets bei der Gütererzeugung mitwirken müssen, in Abänderung obigen Satzes bezeichnen als: Arbeit, Geld und Boden.

Von diesen drei Faktoren nun ist nur der eine, nämlich die Arbeit, gezwungen, sich unter allen Umständen der Gütererzeugung zur Verfügung zu stellen. Ein Arbeiter - mag er Hand- oder Kopfarbeiter sein - der keinerlei Kapital oder Boden besitzt, muß arbeiten, wenn er nicht verhungern will. Ein solcher Arbeiter kann unter keinen Umständen streiken. Streiken kann ein Arbeiter nur dann,

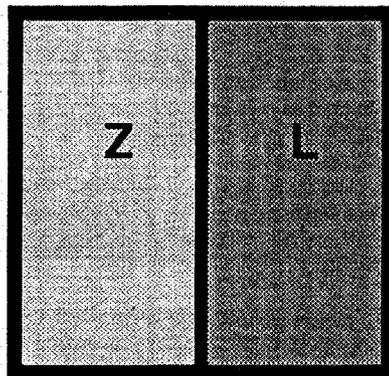
wenn er neben seiner Eigenschaft als Arbeiter noch Kapitalist ist, wenn er also auch noch über Kapital (oder Boden) verfügt, mag es sich dabei um eigenes Besitztum handeln oder um das Kapital einer Organisation, auf welches sich der Arbeiter im Streikfalle stützen kann. Ein Arbeiter in Reinkultur, der nicht arbeiten will oder keine Arbeit finden kann, muß verhungern.

Anders steht es mit dem Gelde in seiner heutigen Beschaffenheit und mit dem Boden. Diese beiden Faktoren sind nicht dem Verhungern ausgesetzt, auch wenn sie sich nicht der Gütererzeugung zur Verfügung stellen. Das Geld wird nicht weniger, wenn es im Geldschrank liegen bleibt, und der Boden wird auch nicht schlechter, wenn er nicht bestellt wird.

Die Folge hiervon ist, daß diese beiden Faktoren ihre Mitwirkung bei der Gütererzeugung von der Erfüllung einer bestimmten Bedingung abhängig machen können. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so beteiligen sie sich eben nicht an der Gütererzeugung, sie streiken, und dann kann die Gütererzeugung eben nicht stattfinden, weil die Arbeit allein ohne die gleichzeitige Mitwirkung von Geld und Boden keine Güter hervorzubringen vermag.

Die Bedingung, welche nun Geld und Boden stellen, ist die Forderung, daß die Arbeit sowohl dem Besitzer des Geldes wie auch dem Besitzer des Bodens einen Teil ihres Arbeitsertrages abgibt, und dieser Teil ist der Geldzins und der Bodenzins, welch letzterer in der Regel Grundrente genannt wird. Ist die Arbeit nicht imstande, Geld- und Bodenzins aufzubringen, so hört eben die Gütererzeugung auf. Geld und Boden können es sich ja leisten, diese beiden Faktoren werden ja nicht schlechter, auch wenn die Gütererzeugung unterbrochen wird. Ob die Arbeit dabei verhungert, ist dem Geld und Boden gleichgültig.

Denken wir uns sämtliche Arbeitserzeugnisse und Dienstleistungen eines Jahres dargestellt durch einen großen Block, wie ihn die Abbildung zeigt:



Herrscht wirtschaftliche Gerechtigkeit, so muß dieser ganze Block unter alle Arbeitenden verteilt werden. Wer zum Aufbau des Blocks nicht beigetragen hat, soll auch zum Abbau nichts wegtragen. Das ist der tiefste und unanfechtbarste Sinn allen Sozialismus.

Wie steht es nun mit jener Verteilung? Die Arbeitserzeugnisse werden mit Geld gekauft und die Dienstleistungen werden mit Geld gelohnt. Wer also beim Abbau des Blocks beteiligt sein will, muß Geld dafür hergeben. Wie verschafft man sich aber das Geld?

Es sind hier zwei grundsätzlich verschiedene Gruppen zu unterscheiden. Die eine Gruppe hat das Geld eingenommen als Lohn (Gehalt, Honorar usw.) entweder für Abgabe von Arbeitserzeugnissen oder für Leistungen von Diensten. Die andere Gruppe hat das Geld eingenommen als Zins für ausgeliehenes Kapital, und zwar entweder als Geldzins (Kapitalzins) für ausgeliehenes Geld oder als Bodenzins (Grundrente).

Die Lohnempfänger genießen erarbeitetes Einkommen. Die Zinsempfänger genießen arbeitsloses Einkommen. Die Summe aller Löhne ist in unseren Kulturländern ungefähr gleich groß wie die Summe aller Zinsen. Deshalb können die Zinsempfänger von dem Block ungefähr die Hälfte wegkaufen, während den Lohnempfängern nur die andere Hälfte des Blocks bleibt, um mit ihrem Lohn gekauft zu werden. Wären keine Zinsempfänger vorhanden, so würde der ganze Block von den Lohnempfängern gekauft und die wirtschaftliche Gerechtigkeit wäre erfüllt.

Der Tatbestand ist also folgender: Die Entstehung des Blocks ist einzig den Arbeitenden zu verdanken, aber in der Verteilung des Blocks müssen sie sich ungefähr zu gleichen Hälften mit den Zinsempfängern teilen. Daher die Zweiteilung des Blocks und die Bezeichnung der beiden Hälften mit Z (Zins) und L (Lohn).

So lange es also Zins gegeben hat, hat der Arbeiter noch niemals seinen vollen Lohn erhalten!

Wir geben also den Sozialdemokraten recht, wenn sie die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden als eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit brandmarken und zu beseitigen suchen. Für fehlerhaft und daher unzweckmäßig halten wir den zu diesem Ziele von den Sozialdemokraten eingeschlagenen Weg der Verstaatlichung, der Sozialisierung der Produktionsmittel. Mit dem Versprechen und Bestreben der Sozialisierung der Produktionsmittel haben die Sozialdemokraten, wie wir erfahren haben, Bankerott gemacht.

Fortsetzung im nächsten Heft

Wir wissen wohl, daß das Wort vom "freien Spiel der Kräfte" in sozial gesinnten Kreisen einen üblen Klang hat. Sieht man aber näher zu, so kommt dieser üble Klang bloß daher, daß die unter jenem Schlagwort geführte Wirtschaft in hohem Grunde ausbeuterisch war."

Max Sternberg geht in dieser Fortsetzung auf ein Schlagwort ein, das allzu oft in diffamierender Absicht den Verfechtern einer freien Marktwirtschaft vorgehalten wird, ohne zu differenzieren und ohne auf Möglichkeiten der Fehlerbehebung hinzuweisen. Schon 1924 hat der Verfasser klar dazu Stellung bezogen:

Das freie Spiel der Kräfte - gab es das bisher?

Wir Freiwirte verabscheuen die Sozialisierung der Produktionsmittel und halten sie für ein Unglück. Wir Freiwirte wollen, in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten, die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden ausschalten, aber ohne den Menschen der Wirtschaft zu opfern. Was wir ablehnen, sind nur die Mittel der Sozialdemokratie. Ihre Ziele fördern wir, weil wir sie für ein Gebot der Gerechtigkeit halten.

Wir wollen aber auch in Übereinstimmung mit den sogenannten "Bürgerlichen" eine freie Wirtschaft. Wir verwahren uns auf das Nachdrücklichste gegen jede Erdrückung des Strebsamen und Aufrechten, wie es heute schon bei den großen Konzernen, Trusts unvermeidlich ist, und wie sie auch im sozialdemokratischen Staat unvermeidlich sein würde.

Wir wissen wohl, daß das Wort vom "freien Spiel der Kräfte" in sozial gesinnten Kreisen einen üblen Klang hat. Sieht man aber näher zu, so kommt dieser üble Klang bloß daher, daß die unter jenem Schlagwort geführte Wirtschaft in hohem Grunde ausbeuterisch war, dergestalt, daß unter ihr ein wahrhaft freies Spiel der Kräfte niemals geherrscht hat. Nur die erpressenden Kräfte hatten freies Spiel, niemals aber die schaffenden. Man soll sich also nicht durch Worte betören lassen, sondern der Sache auf den Grund gehen.

Betrachten wir nun das Geld an sich. In der ältesten Zeit bedienten sich die Menschen des Viehs als Tauschmittel. Homer erzählt uns, wieviel Ochsen der schöne Schild oder die Rüstung seiner Helden wert war. Es bestand damals also "Viehwährung". Vieh heißt auf lateinisch pecus und pecunia heißt Geld. Unser Fremdwort pecuniär heißt also wörtlich "was sich auf das Vieh bezieht", erinnert somit an die Zeiten, wo noch

Viehwährung bestand. Selbstverständlich war dieses Tauschmittel höchst schwerfällig und unvollkommen. Da erfanden die Babylonier das Metallgeld. Die Erfindung dieses Tauschmittels war eine Kulturthat ersten Ranges. Unsere ganze Zivilisation beruht auf Arbeitsteilung, diese ist nur möglich bei leichtester Austauschmöglichkeit, diese wiederum ist nur möglich bei hochentwickeltem Austauschmittel, dem Geld.

Man kann also sagen, daß unsere ganze Kultur letzten Endes auf dem Gelde beruht. Was die Erfindung der Schrift für die geistige Kultur, ist die Erfindung des Geldes für die wirtschaftliche Kultur. Das Geld hat die Menschheit von der Oberstufe der Barbarei zur Zivilisation geführt. Kein Loblied ist hoch genug, um die segensreiche Eigenschaft des Tauschmittels Geld würdig zu preisen. Trotzdem haben die edelsten Geister aller Zeiten heftige Worte gegen das Geld gefunden. Ich erinnere an Christus: "Ihr könnt nicht Gott dienen und gleichzeitig dem Mammon." Tolstoi sagte: "Geld ist die geronnene Gewalt."

**Geld ist eine
fantastische Erfindung,
vergleichbar mit der
des Rades. Mit dem
Rad konnte man den
Transport von Gütern
in einem ungeahnten
Maß erleichtern,
mit dem Geld ihren
Tausch.**

Helmut Creutz

Woher der Widerspruch? In der richtigen Erklärung dieses Widerspruchs liegt die Erklärung für das "Geheimnis" des Geldes. Das Geld ist unverwüßlich und handlich. Kein anderer Wertgegenstand ist so mühelos aufzubewahren wie das Geld. Es legt sich in Strümpfe und Geldschränke und sagt: "Jetzt bin ich ein Sparmittel, ein Schatzmittel. Ich will gar nicht als Tauschmittel tätig sein. Wollt ihr, daß ich als Tauschmittel wieder tätig sein soll, so müßt ihr mir - abgesehen von dem Fall, daß ich den Lebensunterhalt meines Besitzers bestreite - Tribut, Zins geben." Wir sehen jetzt: Das Geld als Tauschmittel ist ein treuer Diener der Menschheit, das Geld als Sparmittel macht sich die Menschheit tributpflichtig, macht sich zum Herrn der Menschheit. Das Volk in seinem gesunden Empfinden hat letztere Eigenschaft richtig erkannt und gewürdigt, wenn es sagt: "Geld regiert die Welt." Geld ist also ein Regent, ein König, Kaiser und Könige sind durch Revolutionen gestürzt worden, Herrscher Mammon aber hat alle Revolutionen siegreich überstanden (siehe 1918). Warum? Weil man bislang die Doppelnatur des Geldes, als Tauschmittel einerseits und als Sparmittel andererseits, übersehen hat.

Wir verstehen jetzt auch die tadelnden und anklagenden Angriffe gegen das Geld. Sie richten sich nicht gegen das Tauschmittel Geld - das verdient alles Lob - sondern gegen das Sparmittel Geld, das Schatzmittel Geld, das sich zum Machtmittel gemacht hat. Wir verstehen jetzt auch, warum der Kapitalist und der Antikapitalist stundenlang debattieren können, mit dem einzigen Erfolg, daß der eine dem anderen für einen böswilligen, verstockten Sünder hält. Der eine hat nur das Geld als Tauschmittel, der andere nur das Geld als Sparmittel im Auge, beide aber unterscheiden nicht diese Doppelnatur, darum

reden sie aneinander vorbei, darum die Debatte so fruchtlos.

Ist denn nun der Zins etwas so Gewaltiges? Beansprucht er von der arbeitenden Menschheit einen so großen Teil des Arbeitserzeugnisses? Wir haben vorhin bei dem Beispiel von dem Arbeitsblock (in der April-Ausgabe, die Redaktion) gesagt, daß die Hälfte dieses Blockes von dem Zins beansprucht würde. Wenn man an den Zins zu 4 oder 5 Prozent denkt, so wird vielleicht manchem Leser die Halbierung als unrichtig erschienen sein. Machen wir uns aber einmal an dem Beispiel eines Eisenträgers klar, wieviel von dem Preis desselben als Zins bezahlt werden muß. Die Vorrichtungen, die das schwedische Erz aus der Grube heben, wollen verzinst sein, die Vorrichtungen, die es zum Dampfer bringen, wollen verzinst sein, die Vorrichtungen, die das Erz zum Hochofen bringen, wollen verzinst sein, der Hochofen, die Walzen, die weiteren Transportmittel, Lagerräume, alles, alles will verzinst sein.

Welche Riesenmacht in dem Zins steckt, sehen wir am deutlichsten an dem bekannten Rechenexempel von dem Pfennig, der um Christi Geburt zu 4 oder 5 Prozent auf Zinseszins angelegt sei. Wie groß würde heute die Summe sein, zu der er angewachsen wäre? Aus dem Betrag könnte man heute einige tausend massive goldene Erdkugeln, wohlverstanden, massive Erdkugeln herstellen!

Unter dem Begriff Kapitalismus werden zwei an und für sich vollkommen verschiedenartige Dinge zusammengeworfen, nämlich einerseits der *Großbetrieb*, der zu seiner Gründung eines großen "Kapitals" bedarf, und andererseits die *Zinswirtschaft*, bei welcher das Kapital die Eigenschaft hat, eine jährliche Vergütung des Schuldners an den Gläubiger, den Zins, abzuwerfen, ohne daß durch diese Leistungen des Schuldners die Schuld selbst kleiner würde.

Es ist unbedingt notwendig, die beiden grundverschiedenen Begriffe reinlich zu unterscheiden.

Auf sehr vielen Gebieten ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen. Würde man unter Kapitalismus nur Großbetrieb verstehen, so hätten die Verteidiger des Kapitalismus leichtes Spiel.

Wir verstehen jetzt, warum Gegner und Verteidiger des Kapitalismus stundenlang debattieren können mit keinem anderen Erfolg, als daß einer den anderen für einen böswilligen, verstockten Sünder hält. Beide reden aneinander vorbei, jeder von ihnen hat bei seinen Ausführungen einen anderen Kapitalismus im Auge.

Wenn wir Freiwirte vom Kapitalismus reden, so ist für uns Kapitalismus gleichbedeutend mit Zinswirtschaft.

Was muß nun geschehen, damit das Arbeitseinkommen erhöht wird? Zwei Wege sind möglich.

1. Die Vermehrung läßt sich erzielen durch verlängerte Arbeitszeit. Der achtstündige Arbeitstag mache einem längeren Arbeitstage Platz. Denken wir an unseren Block (siehe April-Ausgabe). Der ganze Block soll größer gemacht werden, damit kann auf jeden einzelnen ein größerer Teil entfallen, vorausgesetzt, daß der Zins diesen Mehrertrag nicht vorwegnimmt. Die Vergrößerung des Blocks wird erstrebt von Stinnes und seinen Freunden.

2. Die Vermehrung läßt sich dadurch erzielen, daß das arbeitslose Einkommen vermindert wird, ja daß es ganz verschwindet. Die Leute, die heute durch den Zins aus dem Ertrag der Arbeit anderer leben, müssen dann auch arbeiten, müssen aus dem Ertrag der eigenen Arbeit leben. Denken wir wieder an unseren Block. Er soll nicht mehr halbiert werden, er soll ganz als Lohn den Arbeitenden, die ihn aufgebaut haben, gehören. Diesen Weg wollen die Freiwirte einschlagen und sie behaupten, daß durch Befolgung ihrer Vorschläge der Zins verschwinden wird.

Bevor wir jedoch zu diesen Vorschlägen kommen, müssen wir in der Betrachtung des Geldes weiter fortfahren.

Wer das Geldwesen in der Hand hat, der setzt immer seinen Willen durch.

Silvio Gesell

Unter *Preis* einer Sache verstehen wir die genaue Geldsumme, die für die Sache gezahlt wird. Unter *Wert* derselben Sache verstehen wir die Geldsumme, die man nach Lage des Marktes hofft, als Preis zu erhalten. Für den Wert einer Ware muß man den Käufer suchen, für den Preis dieser Ware ist der Käufer gefunden. Der Preis ist also eine Tatsache, der Wert eine Hoffnung, eine Schätzung.

Wird die Geldmenge eines Landes vermehrt, gleichgültig ob Münzen oder Noten, so steigt der Durchschnittspreis der Waren.

Beispiele: Als nach der Entdeckung Amerikas viel Gold und Silber nach Europa kam und dort ausgemünzt wurde, stiegen die Preise fortwährend, nachdem sie im Mittelalter tief gestanden hatten.

Ferner: Assignatenwirtschaft in der französischen Revolution.

Ferner: Vermehrte Tätigkeit der Notpresse seit 1914.

Wird die Geldmenge eines Landes vermindert, so fällt der Durchschnittspreis der Waren.

Beispiele: Während des ganzen Mittelalters wurden fast gar keine Bergwerke betrieben, die Münzen gingen nach und nach verloren, die Preise sanken bis zur Zeit der fürstlichen Falschmünzerei.

Ferner: Als im Jahre 1907 Pirpont Morgan große Mengen gemünzten Goldes aufspeicherte und dadurch die umlaufende Geldmenge vermindert hatte, trat ein so bedenklicher Preissturz ein, daß die schwere Wirtschaftskrise von 1907 und 1908 entstand, die ihre verderbliche Wirkung bis in die europäischen Länder fühlbar machte.

Ferner: Als 1920 die Ententeländer den Einzug des im Kriege ausgegebenen Geldes vornahmen, sanken die Preise. Das rief die Wirtschaftskrise mit ihren ungezählten Arbeitslosen hervor. Fallen die Preise, so hofft jeder am nächsten Tage billiger zu kaufen, daher Streik der Käufer. Wir konnten das ja vor mehreren Monaten im eigenen Lande beobachten, als man versuchte, die Mark zu "stabilisieren". Streiken die Käufer, dann machen die Kaufleute keine Bestellungen. Stillstand der Fabriken. Arbeitslosigkeit. Preissteigerung ist schlimm, Preisabbau ebenso schlimm. Gleichbleibende Preise muß die Lösung sein.

Änderung der Preise, die durch das Geld bedingt werden, fälschen alle Verträge. Steigende Preise schädigen den Hypothekengläubiger und bevorteilen den Schuldner. (Die jetzige Abtragung der Hypothekenschulden). Umgekehrt: Fallende Preise bevorteilen den Gläubiger und schädigen den Schuldner. ("Notleidende Landwirtschaft" in den achtziger Jahren.)

Die Preise der Waren hängen aber nicht allein von der Geldmenge ab, die im Lande ist, sondern auch von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Geld, das in Strümpfen oder Kassenschränken ruht, kommt für die Preisbildung überhaupt nicht in Betracht. *Preisbildend wirkt nur das umlaufende Geld, nicht der tote Vorrat.*

Je mehr Geld im Lande, je rascher der Umlauf, um so höher steigen die Preise. Wird die umlaufende Geldmenge vermindert oder im Umlauf gehemmt, so fallen die Preise.

Hieraus ergibt sich folgende wichtige Regel: Ist die Staatsleitung imstande, die Geschwindigkeit des Geldumlaufs auf gleicher Höhe zu halten, so kann sie jede Preissteigerung verhindern, indem sie einfach die umlaufende Geldmenge vermindert. Sie kann ebenso jeden Preisfall verhüten, wenn sie die umlaufende Geldmenge vermehrt.

Fortsetzung in der Juni-Ausgabe.

Wie viele Rückzugsgefechte haben die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schon verloren! Die Zollschränken fallen immer mehr; freie Wechselkurse setzen sich durch und die Goldwährung ist kaum noch ein Thema. Sie war eine uneinnehmbare Bastion, wie es schien, doch sie fiel als erste, weil sie in Zeiten der Not einfach nicht durchführbar war.

Max Sternberg schildert in der heutigen Fortsetzung seiner Arbeit ein wenig von den Kämpfen, die die Verfechter der freiwirtschaftlichen Schule um Silvio Gesell mit den Befürwortern der Golddeckungstheorie durchzustehen hatten.

Die Goldwährung und der 1. Weltkrieg

von Max Sternberg

Unsere ganze jetzige Geldverfassung beruht auf der Festigkeit des Goldpreises (Hier wird vom Verfasser die Situation von vor 1914 geschildert, die Redaktion). Nicht als ob diese eine geheimnisvolle Eigenschaft des Goldes wäre! Durchaus nicht. Wir hatten ein Gesetz, welches ein für allemal bestimmte: "Das Gramm Gold kostet 2,79 Mark und damit basta". Selbstverständlich mit etwas anderen Worten. Alle anderen Preise durften schwanken, nur nicht der Goldpreis. Alles, was wir zum Leben unentbehrlich nötig haben, kann heute billig und morgen und in Ewigkeit teuer sein, macht nichts, wenn nur heute und morgen und in Ewigkeit das Gramm Gold 2,79 Mark kostet.

Woher kommt das Gold? Aus England und Amerika. Dort wird es gefunden. Wurde wenig gefunden, so stieg der Preis des Goldes, d. h. wir mußten mehr Roggen und Weizen für ein Kilo Gold bezahlen, das Getreide fiel im Preise. ("Notleidende Landwirtschaft" in den achtziger Jahren.)

Keine Niederlage zu Wasser und zu Land hätte England und Amerika schwerer getroffen, als wie die Abschaffung der Goldwährung in den nichtenglischen Staaten. So lange diese Staaten ihr Goldgeld von jenen beiden Ländern kaufen müssen, sind sie dem Kapitalismus dieser beiden Länder tributpflichtig. Kein Wunder, daß der Kapitalismus dieser Länder die Lehre verbreiten läßt, die Goldwährung sei die einzig gute Währung, die wirklich "währe", sie sei die einzige Währung, die für einen Staat passe, der etwas auf Anstand und Ehre hält. Aber auch der Kapitalismus an sich

und damit also auch der Kapitalismus der übrigen Länder hat ein Lebensinteresse daran, daß die Goldwährung (Metallwährung) bestehen bleibt. Wo Goldgeld (Metallgeld) das Währungsmaterial abgibt, da gibt es auch Zins. Verschwindet der Zins, ist der Kapitalismus verschwunden. Im Kapitalismus ist es aber die Hochfinanz, die außerdem noch ein ganz besonderes Interesse an der Erhaltung der Goldwährung hat. Nach dem Vorbild von Pirpont Morgan kann sie, wie es ihr paßt, Geld aus dem Verkehr herausziehen oder hineinbringen, sie kann, wie die Kaufleute sagen, den Geldmarkt steif oder flüssig machen. Dadurch kann sie auf die Preise wirken, dadurch kann sie das "Wetter an der Börse" machen und somit mühelos arbeitsloses Einkommen erzielen, den Konjunktur- oder Spekulationsgewinn. In der Möglichkeit, daß die Hochfinanz durch das Gold auf den Geldmarkt wirken kann, liegt unserer Meinung nach das "Geheimnis" der Börse. Kein Wunder, daß der Kapitalismus ungezählte Federn in Tätigkeit versetzt, die den Segen der Goldwährung preisen müssen.

"Das Goldgeld hat seinen Wert in sich", so sagen die Verteidiger der Goldwährung, "und wohin die Papiergeldwirtschaft führt, das sieht man ja heute an uns, wo die Valuta in der unerträglichsten Weise schwankt." Die so sprechen, verwechseln Papiergeldwirtschaft mit Papiergeldmißwirtschaft. Bei Beginn des Weltkrieges war der Metallgehalt des Hartgeldes die Ursache zum Geldhamstern. Wie mit einem Zauberschlag war das Metallgeld von der Erdoberfläche verschwunden. Damit bestand die

tödliche Gefahr der völligen Unterbrechung des Zahlungsverkehrs, damit der Stockung der Mobilmachung und der Stockung der Beschaffung der Kriegsrüstungen. Einer Währung, die in der Stunde der Gefahr versagt, sollte das Todesurteil gesprochen werden. Da sprang das Papiergeld ein, und es zeigte sich, daß das Papiergeld besser sein kann als das Metallgeld. Voraussetzung dafür ist, daß die Geldverfassung richtig gehandhabt wird! Aber ist dann nicht eine Deckung durch Gold notwendig? Nein, im Inlandsverkehr gewiß nicht, das geben auch die Verteidiger der Goldwährung zu. In den Gewölben der Reichsbank sollen 600 Millionen Gold lagern. Welche Erscheinungen würden eintreten, wenn diese Geldmenge plötzlich verschwände, ohne daß von diesem Verschwinden ein Wort lautbar würde? Nichts würde sich ändern. "Aber für den Auslandsverkehr müssen wir Golddeckung haben", heißt es dann. Auch nicht richtig. Für die Waren, die wir importieren, müssen wir Waren haben, die exportiert werden können. Würden wir dauernd mehr importieren, wie wir exportieren, und wollten wir das Defizit durch Gold decken, so würde der größte Goldschatz bald aufgezehrt sein. Demnach sagen wir: "Nicht Golddeckung ist notwendig, sondern Warendeckung."

Grau, guter Freund, ist alle Theorie - und grün allein des Lebens goldner Baum. Betrachten wir darum an der Hand der bisherigen Ausführungen, welche Erfahrungen wir seit Kriegsbeginn mit dem Gelde gemacht haben.

Wie schon oben erwähnt, war bei Beginn des Krieges wie durch einen Zauberschlag das Goldgeld, Metallgeld, von der Erdoberfläche verschwunden. Es sagte: Ich gebe meine eigentliche Bestimmung, Tauschmittel zu sein, auf und will in dieser Zeit der Not nur ein Schatzmittel sein. Damit war die Goldwährung

**"Die
Wirtschafts-
wissenschaft
ist das einzige
Fach, in dem
jedes Jahr
auf dieselben
Fragen andere
Antworten
richtig sind."**

Danny Kaye

zusammengebrochen. Es zeigte sich, als das Papiergeld einsprang, daß Papiergeld als Tauschmittel sich besser bewähren kann als Goldgeld. Hatten denn die Regierungsleute, die doch alle Anhänger der Goldwährung waren, nun im Kriege nicht alle erdenkliche Macht, die ihnen der Kriegszustand und die Kriegsgesetze lieferten? Konnten sie nicht das Gold, bzw. die Geldbesitzer zwingen, daß das Geld wieder seine Tätigkeit als Tauschmittel aufnahm? Kein Versuch dazu wurde gemacht. Es zeigte sich, daß König Mammon der mächtigste Herrscher ist, daß sich keiner getraute, ihm wehe zu tun.

Wir hatten aber glücklicherweise im Juliusturm einen Kriegsschatz, 120 Millionen in Gold. Als nun Helfferich, der Geldmarschall und Havenstein, der Reichsbankpräsident, ein getreuer Diener, in den Juliusturm gingen, da, o Grausen, war der ganze Goldschatz verschwunden, gestohlen. Nur ein großer Haufen alter, zerschlissener Hemden, Unterhosen und ähnlichen Dreckzeugs lag dort. Schrecken ergriff die Geldgewaltigen. Mit solchem Dreckzeug läßt sich doch nicht Krieg führen, denn zum Kriegführen gehört bekanntlich 1. Geld, 2. Geld und 3. Geld. Helfferich erholte sich aber bald von seinem Schrecken und sagte zu Havenstein: "Nur still, damit das Volk, der dumme Tölpel, nichts erfährt. Wir werden die Sache schon schmeißen." Er nahm dann die Lumpen, ließ sie durch die Papiermaschine, von da weiter in die Notenpresse laufen, und siehe, auf der anderen Seite der Notenpresse purzelten die schönsten Geldnoten, Millionen und Milliarden, heraus. Fertig war die Kiste.

Hier muß ich wieder ein Geständnis machen. Selbstverständlich hat sich diese Geschichte nicht ereignet, sie hätte sich aber ereignen können. Wer hätte denn aus den umlaufenden Geldnoten gemerkt, daß das Gold nicht vorhanden gewesen wäre?

Die Aktiengesellschaft Reichsbank hat das Recht der Notenausgabe. Sie durfte dreimal soviel an Noten ausgeben, wie sie an Gold in ihrem Bestande hatte. Das war die berühmte "Dritteldeckung". Da wurde in den ersten Augusttagen 1914 durch den Reichstag beschlossen, daß sie an die Dritteldeckung nicht mehr gebunden sein solle. Von da an löste die Reichsbank ihre Noten nicht mehr, wie sie auf den Noten verspricht, gegen Mark, d. h. gegen Reichswährung, gegen Gold, ein. Wieviel Reichstagsabgeordnete mögen sich wohl über die Tragweite ihres Beschlusses klar gewesen sein? Mit diesem Beschlusse beginnt der Währungsverfall, beginnt das Unglück, das über Deutschland gekommen ist.

Mit Beginn des Krieges hätte eine gute Geldverwaltung sofort kräftige Kriegssteuern erheben müssen. Das geschah aber nicht. Statt der Steuerpresse setzte man die Notenpresse in Tätigkeit. Jetzt war Geld vorhanden. Ja, ist denn die Notenpresse ein Zauberinstrument, das aus Nichts Geld machen kann? Nein, durch die Notenpresse kommen mehr Geldzeichen unter die Leute, dadurch steigen die Preise, das heißt in diesem Falle: das bisherige Geld wird entwertet. So wurde den Mündern, den Rentnern, den Hypothekengläubigern, den Besitzern von Sparkassenbüchern usw. das Geld aus den Taschen gezogen, ohne daß diese sich dagegen wehren konnten, ohne daß diese in der Mehrzahl es eher merkten, als sie vollständig ausgeplündert waren. Damit das Volk, der dumme Tölpel, aber den Notenschwindel nicht sofort merken sollte, wurde auch eine Kriegsabgabe von den Steuerkräftigen erhoben, aber so gering, das man sagen muß, sie wurde nur erhoben, um den Schein zu wahren.

Da man zur Kriegführung die Steuerpresse nicht in Tätigkeit setzte, so ließ man ferner das Geld, legte Krieganleihen auf und setzte die Druckerpresse in Tätigkeit, um Krieganleihe zu drucken. Man versprach den Geldgebern, ihr Geld in 20 Jahren zurückzuzahlen, aber damit sollte die Schuld nicht getilgt sein, nein, bis in ferne Zeiten solle je alle 20 Jahre die volle Summe zurückgezahlt werden. Die Hergabe des Geldes wurde als eine patriotische Tat gefeiert. Das Geld der kleinen Leute, selbst das der Spartöpfe der Kinder wurde zur Krieganleihe auf den "Altar des Vaterlandes" hingegeben.

Durch die Tätigkeit der Druckerpresse für Noten und Krieganleihen wurde der Krieg in der Hauptsache mit den Geldern der kleinen Leute, der Münder, der Inhaber von Sparkassenbüchern, der Hypothekengläubiger usw. geführt. Da wurde denn mit diesen Geldern "geast". Den Kriegslieferanten wurden ungeheure Gewinne in den Rachen geschmissen. Viele Industrielle, Großindustrielle hatten Zeiten "wie noch nie". Kranke Betriebe "machten sich gesund". Kein Wunder, daß der Krieg von ihnen als gutes Geschäft betrachtet wurde, daß die leitenden Kreise durch ihre Presse Jubelhymnen anstimmten und die Kriegsziele immer weiter hinausschoben.

**"Durch die Notenpresse
kommen mehr
Geldzeichen unter die
Leute, dadurch steigen
die Preise."**

Max Sternberg

Hätten die Kriegsgelder durch die Steuern der Reichen und Wohlhabenden aufgebracht werden müssen, wir hätten höchstwahrscheinlich schon Weihnachten 14, ganz gewiß aber nicht vier Jahre später Schluß gehabt, und es stände heute anders in und um Deutschland. Blutopfer sind unzählige gebracht; wir haben der Gattin den Mann, der Witwe den Sohn genommen, aber das Gut der Reichen haben wir geschont. Silvio Gesell hat gesagt: "Das Volk, das in der Stunde der Not und Gefahr nur bereit ist, das Blut zu opfern, aber nicht bereit ist, das Gut zu opfern, verdient den Stachel des Ochsentreibers."

Dadurch, daß Millionen von Männern im Felde waren, wurden weniger Waren produziert. Diesem verminderten Warenangebot hätte nun, um die Preise auf gleicher Höhe zu halten, eine verminderte Geldmenge gegenüberstehen müssen. Die Geldverwaltung hätte also Noten einziehen müssen. Statt dessen vermehrte sie die Notenausgabe. Das ist, als wenn man Öl ins Feuer gießt. Natürlich mußten nun alle Preise steigen. In erster Linie stiegen natürlich die Preise der von der Kriegsindustrie, Großindustrie hergestellten Waren. Dagegen wurde nichts gemacht. Um Gottes willen König Mammon nicht wehe tun. Selbstverständlich mußten durch die Vermehrung der Geldmenge auch die von den Bauern hergestellten Waren, die Lebensmittel, im Preise steigen. Gegen diese Preissteigerung aber schritt man dadurch ein, daß man Höchstpreise festsetzte und Zwangswirtschaft einführte. Man machte es wie ein Quacksalber, der eine eiternde Wunde mit einem Pechpflaster verklebt. Ein Fehler zieht den andern nach sich. Jetzt kam, was mit Naturnotwendigkeit kommen mußte: Umgehung der Höchstpreise. Der Bauer war mit Recht ungehalten, daß die Industrieprodukte im Preise steigen durften, für seine Produkte aber Höchstpreise festgesetzt wurden. Dieses Unrecht begriffen sogar seine Hühner, indem sie bei einer nicht genügenden Preisfestsetzung sofort in den Eierlege-Streik traten. Anfangs waren es nur einzelne Bauern, die zu Wucherpreisen verkauften, später wurden es immer mehr, und schließlich bildeten sie die große Mehrheit. Mit dem Wuchertum ist das Schiebertum verbunden. Schieber waren notwendig. Ist denn wohl ein Leser da, der nicht mal gegessen hätte, was geschoben war. Töricht, auf die Wucherer und Schieber zu schimpfen. Man schimpfe, man klage an die Verhältnisse, die den Wucherer und Schieber bedingen, man klage an die Männer, die für diese Verhältnisse verantwortlich sind.

Fortsetzung im nächsten Heft

"Die Währung ist der Drehpunkt der Volkswirtschaft, der Ordnung, der Moral, des Rechts." Dieses Wort von Max Sternberg aus dem Jahr 1924 trifft nicht nur für die damalige Zeit zu. Es hat an Aktualität nichts eingebüßt. Auch Sternbergs Beschreibungen der Nachkriegszeit nach dem 1. Weltkrieg treffen, was die Wahrungssituation anbetrifft, ebenso auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg zu. Gelernt hat man aus der Katastrophe des 1. Weltkrieges nicht: weder konnte man einen neuen Krieg verhindern, noch die Wahrungsfrage lösen.

Wir setzen heute den Nachdruck der Arbeit aus dem Jahr 1924 mit dem Titel fort:

Kriegsgewinnler wurden nach dem 1. Weltkrieg zu Wahrungsgewinnlern

von Max Sternberg

Durch die falsche Währungspolitik wurden alle Verträge gefälscht, der Hypothekengläubiger wurde geschädigt, der Schuldner bevorteilt. Mit einem Bruchteil der Butter, des Korns usw. konnte letzterer seine Hypothekenschulden abstoßen und sich einen früher nicht gekannten Luxus erlauben. Der Gläubiger aber mußte darben. Während vor dem Kriege bei den ländlichen Grundstücken die Eintragungen der Hypotheken die Löschungen jährlich um zirka 600 Millionen überstiegen, überstiegen im Jahre 1916 die Löschungen um 65 Millionen die Eintragungen.

Dadurch, daß die Kriegslieferanten ungeheure Gewinne in den Rachen geworfen wurden, entstand eine neue Klasse von Reichen, die Neu-Reichen, Raffkes. Eine Schlemmerei, eine Protzerei, wie man sie sonst nicht gekannt hatte, trat in die Erscheinung. Als nun die Leute im Schützengraben die ungesunden Verhältnisse in der Heimat sahen, Luxus und Schlemmerei auf der einen Seite, Not und Elend auf der anderen Seite, da fragten sie sich, für wen sie denn im Dreck des Schutzengrabens lägen, da fingen sie an zu singen: "Wir kämpfen nicht für Deutschlands Ehr, wir kämpfen für Deutschlands Millionär." Die Front brach zusammen, zum größten Teile bedingt durch die ungesunden Verhältnisse in der Heimat, also letzten Endes durch die schlechte, fehlerhafte Geldwirtschaft. Töricht, die "Sachverständigen" Helfferich und Havenstein als die allein Schuldigen hinzustellen.

Wir hatten doch noch einen Reichstag. *Nein, schuldig sind alle Parteien, anstandslos alle Parteien!* Selbstverständlich, daß man seine Schuld nicht eingestehen will, sondern allerlei Legenden erfindet, um das Volk, "den großen Lümmel" weiter zu betören.

Dann kamen die Novemberleute. Triumph der Arbeit. Ende des ausbeuterischen Kapitalismus. So wurde es verkündet. Wie gering aber das sozialpolitische Verständnis der Novemberleute war, möge an einem charakteristischen Beispiel aus unserer Stadt Emden gezeigt werden, charakteristisch deshalb, weil ähnlich so wie hier überall verfahren wurde.

In den Sturmtagen zog der Arbeiter- und Soldatenrat zum Büro der Nordseewerke und bewirkte, nach anderer Lesart erprete, die Heraufsetzung des Stundenlohns von 70 Pf auf 2,10 Mark. Die Brust voll Stolz geschwellt, kehrte man zurück und verkündete den Genossen das Resultat. Großer Jubel. Triumph der Arbeit. Niedergang des Kapitalismus. Was war aber die Folge?

Selbstverständlich verlangten die Beamten gleichfalls höhere Löhne. Selbstverständlich mußten diese von der Regierung gebilligt werden. Selbstverständlich mußte mehr Geld in den Kassen sein. Nichts leichter, als diese Forderung zu erfüllen. Die Notenpresse trat in vermehrte Tätigkeit. Wir denken noch mit Schaudern an die technisch elenden "Jammerlappen", die damals ausgegeben wurden. Die Folge der ver-

mehrten Notenausgabe war natürlich Steigen der Warenpreise, und bald standen sich die Arbeiter beim Stundenlohn von 2,10 Mark schlechter als früher bei 70 Pf. Neue Lohnkämpfe - weitere Tätigkeit der Notenpresse - weiteres Steigen der Warenpreise - wiederum erneute Lohnkämpfe - usw. usw. und kein Ende abzusehen.

Was hätte geschehen müssen? Denken wir wieder an unseren Block mit den beiden Halfen Zins und Lohn (s. DER DRITTE WEG 4/89, Seite 12). Der Zins hätte bekämpft werden müssen, dann wäre der dem Lohn verbleibende Teil größer geworden. So wie man hier in Emden vorgegangen ist, hat man seinen Teil dazu beigetragen, aus der sozialen Revolution eine gewöhnliche Lohnbewegung zu machen und diese gründlich zu verpfuschen. Es rachte sich, daß man ein Lehrbuch hatte, in dem das Wort Geld nur ein einziges Mal vorkam, es rachte sich, daß man nach der Mehrwertlehre, "den innersten Kern der kapitalistischen Macht in den Werken und Fabriken" sah und nicht im Zins, wie wir Freiwirte lehren.

Die Notenpresse setzte ihre Tätigkeit mit vermehrter Heftigkeit fort. Weiter druckte man: "1000 Mark zahlt die Reichshauptkasse dem Einlieferer usw." Früher bestand doch noch eine gewisse Möglichkeit, daß die Noten gegen Gold eingelöst werden würden, wenn nämlich die besiegte Entente das "Bleigewicht der Milliarden", wie Helfferich gesagt hatte, "durch die Jahrzehnte hätte schleppen müssen". Jetzt nach der Niederlage war es ausgeschlossen, daß die Reichsbank ihre Noten jemals wieder gegen Gold eintauschen würde. Die Reichsbank könnte daher ebenso gut drucken: "Wer da glaubt, daß diese 1000-Marknote jemals gegen Gold eingetauscht wird, ist so dumm, daß er 1000 Stockprugel verdient." Wenn ein Privatmann ein Zahlungsversprechen eingeht, von dem er von vornherein weit, daß er es nicht halten kann, wird er wegen Betruges mit Freiheitsentziehung bestraft. Nur die Reichsbank hat das Privilegium, fortgesetzt Zahlungsversprechen abzugeben, von denen sie weit, daß sie dieselben nicht halten kann. Der Freiwirt Bartels sagte in seinen öffentlichen Vorträgen: "Du Reichsbank betrugst uns. Verklage mich." Die Reichsbank als solche klagt aber nicht. Dann sagte er: "Du Havenstein betrugst uns. Verklage mich." Havenstein klagte, und Bartels wurde zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt, aber, wohlverstanden, nur wegen formaler Beleidigung. (Man darf einen Betrüger nicht Betrüger schelten, sondern man mußt sagen: Du hast Dir in rechtswidriger Weise einen Vermögens-

vorteil verschafft.) Der Wahrheitsbeweis wurde gerichtssüchtig als erbracht angesehen.

Mit der vermehrten Tätigkeit der Notenpresse kamen mehr Geldzeichen in den Verkehr, die Kaufkraft des Geldes sank, der Besitz der Mündel, der Hypothekengläubiger, der Inhaber von Sparkassenbüchern usw. schwand dahin. Wo ist denn der verschwundene Besitz hingekommen? Er ist in die Sachwerte gegangen, die Schuldner wurden entlastet, oder vielmehr, es wurde ihnen ihre Schuld so gut wie erlassen. Vor dem Kriege gehörte der deutsche Grund und Boden nur zur Hälfte den größeren oder kleineren Besitzern, die andere Hälfte gehörte den Kapitalisten, die ihn hypothekarisch beliehen hatten. Heute haben die Grundbesitzer ihre in Goldgeld gemachten Hypotheken mit Papierlappen zurückgezahlt. In dem Maße, wie die Hypothekengläubiger, Besitzer von Sparkassenbüchern usw. ärmer geworden sind, sind die Sachwertbesitzer reicher geworden. Unsere Währungspfuscherei ist somit der größte Volksbetrug, den die neuere Geschichte kennt. Unverschuldete Not auf der einen Seite, in den Schoß gefallene Reichtümer auf der anderen Seite.

Diese Trennung und dabei den Währungsverfall, unser "Schundgeld", vorausgehend, sagte der Freiwirt Bartels in der ersten hier abgehaltenen öffentlichen freiwirtschaftlichen Versammlung: Dann kommt die Zeit, wo der Bauer sagen wird: Botter wult du hebbben? Heßt du denn ok Stäbels of Petroleum? Din sch-lecht Geld kannst d' hollen, häw silfst genog davon." So kommt es, daß, wie Graf Westarp sagte, das deutsche Volk bei gefüllten Scheunen verhungern wird. Die Warenbesitzer weisen vielfach unser Schundgeld zurück, weil es sich zu schnell entwertet. Der Tauschhandel tritt wieder in die Erscheinung. War die Erfindung des Geldes die treibende Kraft des Aufstiegs von der Barbarei zur Zivilisation, so ist die Rückkehr zum Tauschhandel der Anfang des Abstiegs von der alten Höhe. Wohin wir blicken, überall sehen wir den Abstieg: Not der Presse; verminderter Kauf von Büchern und Zeitschriften; Schwierigkeiten in der Abhaltung wissenschaftlicher oder politischer Vorträge; Zunahme der Sterblichkeitsziffer, Abnahme der Geburtenziffer usw.

Vor dem Kriege kamen in Deutschland auf 1000 Seelen jährlich durchschnittlich 34 Geburten: vor einigen Tagen wurde von Berlin aus berichtet, daß dort in einigen Distrikten die Geburtenziffer auf 9 gesunken sei. Ich kenne keine Zahl, aus der die Not der Zeit und die Gefahr für den Bestand unseres

Volkes so grell herausleuchtet als wie aus dieser Zahl. Wir hören, wie die Frau jammert: "Wo bekomme ich die Nahrung her, woher die Kleidung, woher das Bett? Nur kein Kind, nur kein Kind!" Die Geburtenziffer 9 sagt uns: Das ist der Anfang vom Ende.

All das Elend wird verschuldet durch die verschlechterte Währung. Die Währung ist der Drehpunkt der Volkswirtschaft, der Ordnung, der Moral, des Rechts. Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundmauern des Staates. Alles schwankt, alles wird in Frage gestellt, wenn dieser Drehpunkt nachgibt. "Wer die Moral eines Volkes verderben will, muß die Währung verderben", hat Silvio Gesell gesagt.

Erfreulicherweise nimmt die Erkenntnis von der unheilvollen Tätigkeit der Notenpresse auch in sozialdemokratischen Kreisen, wenigstens in den führenden Köpfen, immer mehr zu. Am 12. September hielt Minister Hilferding vor einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates eine Rede, in der er nach dem Bericht der Berliner Börsenzeitung (Nr. 428) sagte: "Es muß endlich die Überzeugung in die Volksmassen hineingetragen werden, daß es keine schlimmere und keine ärgere Steuer gibt als die Inflationssteuer . . . Gegenüber dem Fortrasen der Notenpresse, dieser *Mordmaschinerie*, ist jede Steueranspannung eine Wohltat . . . Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftskreise, der Gewerkschaften usw. diese Überzeugung in die Massen zu bringen." Haben die Gewerkschaften usw. in dieser Beziehung überall ihre Pflicht und Schuldigkeit getan??

Was muß nun geschehen in bezug auf das Geld, damit wir aus dem Elend herauskommen, damit wir zur sozialen Gerechtigkeit kommen, damit, denken wir wieder an unseren Block, es zur Wirklichkeit werde, daß, wer zum Aufbau des Blocks nichts beigetragen hat, auch beim Abbau nichts wegtragen soll? Die Antwort ist jetzt leicht zu geben. Wir müssen ein Geld haben, das

1. nur ein Tauschmittel, aber nicht ein Sparmittel, ein Schatzmittel ist, als welches es Zins erpressen kann, und welches
2. gleichbleibende Kaufkraft behält.

Wie ist das zu erreichen? Auf sehr einfache Weise.

Zu 1.

Wir müssen die Ungleichheit zwischen Ware einerseits und Geld andererseits aufheben, wir müssen sie gleichwertig, oder um mit Marx zu reden, wir

müssen sie äquivalent machen. Ist die Ware vergänglich, muß auch das Geld vergänglich gemacht werden, dann wird das Geld zu seinem eigentlichen Zweck, nämlich als Tauschmittel zu dienen, zurückgeführt werden. Unser zukünftiges Frei-Geld - Frei-Geld, weil es uns frei macht - soll jedes Jahr einen gewissen Prozentsatz seines Nennwertes, sagen wir 5 Prozent, verlieren. Der zukünftige Frei-Geld-Hundertmarkschein wird vom zukünftigen Reichswährungsamt, das ihn am 1. Januar ausgibt, am 31. Dezember mit nur 95 Mark eingelöst, wenn er nicht in den darauf vorgesehenen Feldern (wie bei den Invalidenmarken) mit je 10 Pfennig die Woche beklebt ist. Durch das Bekleben mit den Marken behält der Frei-Geld-Schein seinen Nennwert. Ein anderer freiwirtschaftlicher Vorschlag geht dahin, die Abnahme des Nennwertes nach einer aufgedruckten Tabelle in regelmäßigen Zeiträumen eintreten zu lassen. Welches die beste Methode ist, muß später die Erfahrung ergeben. (Bis heute, 1989, sind bessere Techniken der Umlaufsicherung bekannt geworden, z. B. das "Dreiserien-Geld", die Redaktion)

Wie macht es der Eisenbahn-Minister, daß seine Wagen beständig rollen und nicht unnütz irgendwo auf den Stationen herumstehen. Er erhebt Standgeld. Die Wagen sind immerfort so viel wie möglich im Rollen. Genau so, wie es der Eisenbahn-Minister mit seinen Wagen macht, machen wir es mit dem Freigeld. Wir erheben Standgeld, d. h. abnehmender Nennwert. Unser Frei-Geld ist daher immer in Tätigkeit als Tauschmittel, hält immer Nachfrage nach Waren und nach Arbeitskräften und bewirkt, daß Absatzstockungen nicht eintreten können, daß ferner zwei oder mehr Unternehmer hinter einen Arbeiter herlaufen, während jetzt zwei oder mehr Arbeiter hinter einen Unternehmer herlaufen.

Kann ein solches Geld noch gehamstert werden? Unmöglich. Es schwindet ja im Kasten dahin.

Kann ein solches Geld noch Zins machen? Das ist die Hauptfrage, um die sich alles dreht. Die Antwort lautet: Unmöglich. Es verliert ja im Nennwert und es ist ständige Arbeit notwendig, nur um es auf gleichem Nennwert zu erhalten. Wer hierin zustimmt, und vorher zugestimmt hat, daß Kapitalismus mit Zinswirtschaft identisch ist, muß jetzt zustimmen, daß unser Frei-Geld der Genickstoß für den Kapitalismus ist, daß es das Ende des Kapitalismus bedingt.

Die nächste Folge dieser Dokumentation lesen Sie in unserer August-Ausgabe.



Max Sternberg

Man verwechsle nicht abnehmenden Nennwert mit abnehmender Kaufkraft. Wir haben jetzt bleibenden Nennwert aber abnehmende Kaufkraft. Die Abnahme der Kaufkraft ist eine ganz unberechenbare, wenigstens für die Massen des Volkes unberechenbar. Dabei schlägt die Abnahme der Kaufkraft stellenweise ein Tempo ein, daß dagegen die galloppierende Schwindsucht eine schleichende Krankheit ist. Ein großer Teil unseres Geldes endet als Schund beim Althändler. Wir haben also *Schundgeld*.

Unser zukünftiges Frei-Geld soll in seinem Nennwert um einen ganz geringen Bruchteil in regelmäßiger Weise schwinden, aber die Kaufkraft der Währungseinheit soll die gleiche bleiben.

Gleichbleibende Kaufkraft! Damit komme ich zu unserem dritten F, zur Festwährung. Welche nachteiligen Folgen eine schwankende Währung hat, sehen wir jeden Tag: Vermögensumschichtungen, Schiebergewinne, Konjunktur- und Börsengewinne. *Heute ist die Wirtschaft ein Kampffeld, in dem die ehrlichen und sittlichen Kräfte unterliegen und die gegenteiligen hochkommen.*

Die Forderung der Festwährung ist ebenfalls leicht zu erfüllen. Das Recht der Geldausgabe wird der Aktien-Gesellschaft Reichsbank entzogen und dem staatlichen Währungsamt übertragen. Das Reichswährungsamt ist verpflichtet, die Geldausgabe derart den Marktverhältnissen anzupassen, daß die Warenpreise im Durchschnitt fest bleiben. Wir haben ja vorher gesehen, wie die Menge des umlaufenden Geldes auf den Preis der Waren wirkt. Das Reichswährungsamt setzt also mehr Geld in Umlauf, wenn die Warenpreise abwärts neigen und zieht Geld ein, wenn die Warenpreise aufwärts streben. Dadurch läßt sich erzielen, daß der Durchschnittspreis aller

In der heutigen Fortsetzung der Arbeit von Dr. Max Sternberg: "Warum und wie zur Freiwirtschaft" aus dem Jahr 1924 erläutert der Autor zunächst die Inflation, die in jenen Jahren ihre extremste Form annahm, so daß Sternberg voraussagen konnte: "Ein großer Teil unseres Geldes endet beim Althändler".

Das mußte ein Arzt den Währungsexperten sagen, ein Laie den Fachleuten. Wie er denn auch den sprachlosen Juristen aus christlicher und jüdischer Sicht die sittliche Begründung des Eigentums auseinandersetzen mußte. Auch in dieser Fortsetzung findet man in seiner klaren Sprache die Grundüberzeugung der Freiwirtschaft.

Die sittliche Begründung des Eigentums

von Max Sternberg

Waren und damit die Kaufkraft des Geldes fest bleiben. Es hat also nicht mehr *eine* Ware, das Gold, das die geringste volkswirtschaftliche Bedeutung hat, einen dauernd gleichbleibenden (währenden) Preis, sondern der Durchschnitt aller Waren. Die Währung wird dadurch zur Tat, zum Ergebnis einer zweckbewußten und zweckmäßigen Handlung.

Heute ist die Wirtschaft ein Kampffeld, in dem die ehrlichen und sittlichen Kräfte unterliegen und die gegenteiligen hochkommen.

Max Sternberg

Wir wenden uns jetzt, nachdem wir die beiden letzten F unserer drei F besprochen haben, zu unserem ersten F, *Frei-Land*. Wir haben anfangs gesagt, daß der Boden der Arbeit überlegen ist und daher für seine Benutzung einen Teil der Erzeugnisse, den Bodenzins, die Grundrente, beansprucht. Wir haben weiter gesagt, daß das Einkommen aus Grundrente arbeitsloses (leistungsloses) Einkommen ist. Wem gebührt von Rechtswegen die Grundrente?

Nach *germanischem* Recht gehörte der Boden dem ganzen Volk, als dessen Repräsentant der Kaiser angesehen wurde. Der Kaiser gab das Land zu "Lehen", - kommt her von leihen -, den Vasallen, die es abstufend den Bauern überließen. Für die Benutzung des Bodens mußten diese Abgaben, Fronen, leisten, mit denen die Verwal-

tung des Staates bestritten wurde. Die Grundrente gehörte also der Allgemeinheit. Hätte damals jemand auch einen Scheffel Goldes gehabt, er hätte sich keinen Boden dafür kaufen können, um im heutigen Sinne Eigentümer zu sein, um im heutigen Sinne von der Grundrente zu leben. Erst gegen Ende des Mittelalters drang das römische Recht in Deutschland ein. Damit wurde der Boden zur Ware herabgedrückt. In erster Linie machten sich die Junker zu Herren des Bauernackers, und nachdem sie den Bauern an die Scholle gebunden hatten, auch zu Herren des Bauernleibes. So wurden mit Hilfe des römischen Rechtes aus den freien Germanen, unter deren Schwerthieben das römische Weltreich zusammengebrochen war, hörige Bauern.

Im *mosaischen* Gesetz heißt es III. 25.23: "Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen auf ewig, denn das Land ist mein, und ihr seid nur Fremdlinge und Gäste vor mir." Nach mosaischem Gesetz kann also der Grund und Boden ebenfalls nicht Privateigentum sein. Es gibt viele Menschen, die die Bibel für das "Wort Gottes" halten. Nun wohl. Gilt das Wort: "Ihr seid Fremdlinge und Gäste vor mir" nur für die Juden? Sind denn einzelne Menschen vom Schöpfer privilegiert, nicht Gäste auf Erden zu sein, und haben sie den Erdboden etwa vom Schöpfer direkt empfangen? Die Menschen, die die Bibel für das Wort Gottes halten, müssen also auch sagen, daß nach *göttlichem* Recht der Erdboden nicht Privateigentum eines einzelnen sein kann, wie denn auch geschrieben steht: "Und Gott gab die Erde den Menschen", d.h., er gab sie allen Menschen, nicht einzelnen.

Wir haben bislang vom Geld und von Waren gesprochen. Beide sind durch Menschenhände gemacht worden. Der

Grund und Boden ist aber nicht von Menschenhänden gemacht, er ist von der Natur geschaffen worden. Geld und Waren sind vergänglich, zerstörbar. Er war von Ewigkeit her und wird bis in Ewigkeit bleiben. Geld und Waren können nach Belieben des Menschen vermehrt werden. Der Grund und Boden kann aber nicht vermehrt werden. Der Grund und Boden ist im Gegensatz zu beiden Faktoren also eine Sache für sich. Ist denn nun der Grund und Boden auch in rechtlicher Beziehung eine Sache? Wir Anhänger von Frei-Land sagen, daß der Boden keine Sache sei, daß der Besitz von Grund und Boden nicht der Besitz einer Sache, sondern der eines Rechtes sei.

Dieser Satz ist von der allergrößten Wichtigkeit, und ich bitte den Leser, die folgenden darauf bezüglichen Ausführungen recht kritisch zu verfolgen. Mißglückt der Beweis für die Richtigkeit dieses Satzes, dann ist die Forderung Frei-Land hinfällig. Ist dieser Satz aber richtig, dann wird die Forderung Frei-Land auch erfüllt werden, ob jetzt, oder später, wer vermag das zu sagen, aber sie wird erfüllt werden, gewiß, ganz gewiß, so gewiß wie die Wahrheit endlich doch siegen wird.

Schlagen wir unser Bürgerliches Gesetzbuch auf. Buch 3, Sachenrecht, so finden wir dort die Grundstücke, den Grund und Boden behandelt. Das BGB erklärt also den Boden als Sache. Das BGB, an dem die gelehrtesten Juristen gearbeitet haben, muß es doch wohl wissen. Wirklich? Ersuchen wir nun den Juristen, den Begriff Sache zu definieren, so sagt er nach seinen Lehrbüchern: "Sache ist ein räumlich begrenztes Stück der körperlichen Welt, dessen Grenzen entweder durch die Natur oder durch menschliche Willkür gegeben sind". Ist diese Definition richtig? Nein. Nach dieser Definition ist ein Stück Land eine Sache, also auch ein großes Stück Land, also auch ein sehr großes Stück Land, ein ganzer Erdteil. Auch der Mensch kann danach als Sache betrachtet werden, und in der Tat hat der Römer den Sklaven als Sache, als res sonans, als redende Sache betrachtet. Welcher sichtbare Gegenstand wäre demnach keine Sache? Zweck unserer Definition soll doch sein, bestimmte Gegenstände von anderen Gegenständen zu unterscheiden. Wir sehen also, obgleich das bürgerliche Gesetzbuch vom Sachenrecht handelt, ist die juristische Wissenschaft außerstande, eine richtige Definition von Sache zu geben. Wie müßte die Definition lauten? Wir Anhänger von Frei-Land sagen: "Sache ist ein räumlich begrenztes Stück der körperlichen Welt, das durch menschliche Tätigkeit in seiner Lage

oder in seinem Wesen beeinflusst worden ist. Der Diamant, der im Wüstensande Afrikas liegt, ist ein Stück Boden. Wenn der Finder ihn aufgehoben hat, ist er eine Sache. Das Kohlenflötz ist Boden, die Kohle, die der Bergmann abgeschlagen hat, ist eine Sache.

Mag sein, daß die ungeheure Bedeutung der Verschiedenheit der Definitionen nicht sofort in die Augen springt, sie wird aber sofort sichtbar bei Bericht folgenden Vorgangs.

Es war bei der letzten Reichstagswahl (1924, die Red.) Deutschnationale Volksversammlung zu Emden im Tivoli-saale. Drückende Fülle. Der Spitzenkandidat, Minister a. D. Hergt, Führer der Deutschnationalen, hielt seine Kandidatenrede. In der Diskussion fragte ich ihn: "Sind Sie, Herr Minister, bereit, das Eigentum sittlich zu begründen?" Der Minister schwieg. Ich fuhr fort: "Sie als Jurist sollten doch, um mit Fritz Reuter zu reden, der Nächste dazu sein." Der Minister blickte weiter vor sich und schwieg. Ich fuhr fort: "Ist sonst jemand von den Herren Juristen, die da am Vorstandstisch sitzen, bereit?" Aller Augen waren gespannt auf die vier Herren gerichtet. Mäuschenstille. Die vier Herren blickten ebenfalls vor sich hin und schwiegen. Da fuhr ich denn voll Hohn und Spott fort: "Da sitzen die Herren vom Recht, ein Minister, ein Staatsanwalt, zwei Rechtsanwälte, sie werden aufgefordert, das Eigentum sittlich zu begründen, sie vernehmen's und schweigen still. Haben Sie, m. H., denn ein Recht, sich denen gegenüber (auf die Sozialdemokraten zeigend) zu überheben, die jede Berechtigung zum Eigentum bestreiten? Nein, Sie sind zufällig diesseits und die anderen jenseits der Barrikade geboren. Hunderte von Jahren Kerker teilt ein Richter wegen Eigentumsvergehen in seinem Leben aus, aber ebenso wenig wie hier seine hervorragenden Standesgenossen das Eigentum sittlich begründen können, ebensowenig wird er es können. Ist es nicht traurig um eine solche Rechtsordnung bestellt? Ist es denn wirklich so schwer, das Eigentum sittlich zu begründen? Nein, m.H., es ist

kinderleicht, ein jüdischer Volksschüler kann es oder sollte es können, wenn er richtigen biblischen Geschichtsunterricht gehabt hat, und ein christlicher Volksschüler kann es oder sollte es können, wenn er richtigen Unterricht in der deutschen Geschichte gehabt hat. Leider aber wurde bislang in den Schulen weit mehr Fürstengeschichte als Volksgeschichte, weit mehr "Mordgeschichte" als Kulturgeschichte gelehrt. Der jüdische Volksschüler wird also sagen: Die sittliche Begründung des Eigentums liegt im eigenen Tun, d.h. in der Arbeit des Menschen. Was der Mensch durch seine Arbeit aus dem Boden heraus gearbeitet hat, soll sein Eigentum sein, aber der Boden selbst, der von Gott geschaffen ist, oder nennt's meinetwegen, wenn Ihr wollt, der von der Natur geschaffen ist, der kann nicht Eigentum des Menschen sein, darum sagt auch der Ewige: "Das Land ist mein und ihr seid nur Fremdlinge und Gäste vor mir." Der im Geiste des germanischen Rechts erzogene Volksschüler wird das Eigentum ebenfalls durch das eigene Tun begründen und darauf hinweisen, daß nach germanischem Recht der Boden dem Volke gehörte. Wie ging nun der Herr Minister in seinem Schlußwort auf diese Ausführungen ein? Um 12 Uhr erhob sich der Vorsitzende und sagte, es sei bereits Polizeistunde, und unter diesen Umständen müsse der Herr Referent leider auf das Schlußwort verzichten. Habe ich zuviel behauptet, wenn ich gesagt hatte, die Begründung des Eigentums wäre kinderleicht?

Nun könnte man den Einwurf machen: Ja, die vier Herren von der juristischen Fakultät waren vielleicht gerade nicht imstande, so aus dem Stegreif die richtige Begründung zu geben, bei ruhiger Überlegung hätten sie es vielleicht doch gekonnt. Der Einwurf ist berechtigt; ich habe mich daher an den ordentlichen Professor der Rechtskunde, Geh. Rat Dr. Oe . . . in Göttingen gewandt und diesen unter Darlegung des Sachverhalts um die sittliche Begründung des Eigentums gebeten.

Der Herr Professor hat mir geschrieben:

"Die sittliche bzw. wirtschaftliche Begründung des Eigentums liegt in seinem kulturfördernden Einfluß auf das menschliche Schaffen: der normale Mensch wird zur schaffenden Arbeit durch keine Vorstellung auch nur im Entferntesten so stark angespornt, als durch die, daß er die Ergebnisse seiner schaffenden, umbildenden oder verbessernden Tätigkeit für sich selbst oder seine Angehörigen erwirbt."

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

**Die sittliche
Begründung
des Eigentums
liegt in der
Arbeit
des Menschen**

Max Sternberg

"Die sittliche bzw. wirtschaftliche Begründung des Eigentums liegt in seinem kulturfördernden Einfluß auf das menschliche Schaffen: der normale Mensch wird zur schaffenden Arbeit durch keine Vorstellung auch nur im Entferntesten so stark angespornt, als durch die, daß er die Ergebnisse seiner schaffenden, umbildenden oder verbessernden Tätigkeit für sich selbst oder seine Angehörigen erwirbt."

Wohl kaum ein anderer als Dr. Max Sternberg war bisher in der Lage, die Begründung der freiwirtschaftlichen Theorie so plastisch und leicht verständlich darzulegen. Unsere Leser, die die bisherigen Folgen seiner Arbeit "Warum und wie zur Freiwirtschaft?" studiert haben, werden das bestätigen können. Heute setzen wir den Abdruck dieser Arbeit aus dem Jahr 1924 fort und stellen sie unter den Titel:

Eigentum kommt von eigenem Tun

von Max Sternberg

Ist diese Begründung für das Eigentum am Grund und Boden richtig? Statt aller theoretischen Erörterungen eine Probe aufs Exempel an einem Falle, wo wir das Eigentum vor unseren Augen entstehen sahen. Wie wir das Wesen einer Maschine am besten verstehen lernen, wenn wir sehen, wie sie vor unseren Augen aufgebaut wird, wie sie entsteht, so lernen wir auch das Wesen des Eigentums am besten verstehen, wenn wir sehen, wie es vor unseren Augen entsteht.

Es war vor einer Reihe von Jahren, als regierungsseitig die Fischereiberechtigung in den fiskalischen Gewässern des Kreises Aurich, Wasserläufen und Binnenseen, verkauft wurde. Als vor einiger Zeit dieser Verkauf wieder zur Sprache kam, habe ich in Wort und Schrift erklärt, daß hier vonseiten der betr. Beamten Diebstahl begangen sei, selbstverständlich moralischer Diebstahl. Ausgeschlossen, daß Herren in so hoher Stellung gegen die betr. Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen, oder auch nur die einschlägigen Bestimmungen beim Verkauf verletzen. Ich frage, mit welchem sittlichen Recht, dem Recht, das mit uns geboren, konnten die Beamten, als sie ein Ewiges für ein Heute hingaben, die Fische in den Gewässern für ewige Zeiten einem einzelnen zusprechen und die übrige Menschheit für ewige Zeiten ausschließen!?

Trotzdem die Worte vom moralischen Diebstahl manchen Ohren nicht angenehm klangen, und trotzdem ich aufforderte, wem diese Behauptung nicht richtig erscheine, möge sie berichtigen, ist keine Berichtigung auch nur versucht worden, und ich behaupte, auch mit der Begründung des Geh. Rats Prof. Dr. Oe. (siehe oben) wird niemand imstande sein, eine sittliche Begründung dafür zu geben, daß einzelne Menschen einem einzelnen Menschen die "Fischereige-

rechtigkeit" für ewige Zeiten zusprechen und somit die übrige Menschheit von der Berechtigung, über die Fische zu verfügen, ausschließen können. Somit liegt in der Tat moralischer Diebstahl vor. Bestohlen sind wir, die nachkommenden Geschlechter. Wir sehen somit, daß der Vertreter der juristischen Wissenschaft unser Eigentum ebensowenig sittlich begründen kann, wie die betr. Herr s. Z. in Emden. Und warum können sie alle das Eigentum nicht sittlich begründen?

Weil sie den Begriff Sache nicht definieren können. Und warum können sie den Begriff Sache nicht definieren? Weil sie im Bürgerlichen Gesetzbuch den Boden unter das Sachenrecht gestellt haben, wo er nicht hingehört, weil sie den Boden, der von der Natur erschaffen, unvergänglich und unvermehrbar ist, zusammengekoppelt haben mit den Sachen, den Waren, die von Menschenhand gemacht und daher vergänglich sind. Hier herrscht im BGB noch der Geist des römischen Rechts. Was der Deutsche Eigentum nennt, das nennt der Römer dominium. Dominium kommt her von dominus, d. h. Herr, dominium heißt also der Herr sein, die Macht haben. In diesen verschiedenen Auffassungen des Eigentums liegt der Unterschied zwischen dem Geiste des römischen Rechts und dem des germanischen (israelitischen) Rechts. Auf der einen Seite das Recht des eigenen Tuns, das Recht der Arbeit, das Recht des Volkes, auf der anderen Seite das Recht des Herrn, des Eroberers, des Schwertes.

Ostfrieslands größter Sohn, der berühmte Rechtslehrer Rudolph von Jehring, sagt im "Geist des römischen Rechts": "Es muß eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Welt herbeigeführt werden, als sie unter dem Einfluß einer Eigentumstheorie bewirkt worden ist, und werden mußte, welche, wenn man sie beim rechten Namen nennen will, die *Unersätlichkeit, Gefräßigkeit des Egoismus ist. Den Namen, den sie sich selber beilegt, ist Heiligkeit des Eigentums.*" Eine schärfere Verurteilung unserer jetzigen Eigentumslehre, wie sie Rudolph von Jehring mit diesen Worten gibt, ist wohl nicht denkbar. Darum fort mit dem römischen Erobererrecht, her mit dem deutschen Volks- und Arbeitsrecht!

Wenn wir das Wort Gerechtigkeit in der Zusammensetzung wie z. B. Fischereigerechtigkeit, Windgerechtigkeit, Apothekengerechtigkeit usw. finden, treffen wir den Nagel auf den Kopf, wenn wir statt Gerechtigkeit Ungerechtigkeit sagen. Wir finden da nämlich jedesmal ein sittliches Unrecht, das durch die Macht in Paragraphen gefaßt zum "Recht" erhoben ist.

Das Volk in seinem gesunden Rechtsempfinden stand von jeher instinktiv auf unserem Standpunkt. Es redet von "Gottes Erdboden". Redet es auch von Gottes Hobelmaschinen? Was bedeutet denn das Wort "Gottes Erdboden"? Es heißt letzten Endes genau dasselbe, was der mosaische Gesetzgeber mit den Worten sagt: "Das Land ist mein und ihr seid nur Gäste und Fremdlinge vor mir";

Im Anfang war die Gewalt. Und die Gewalt war bei dem Stärkeren. Und was dem Stärkeren angenehm und vorteilhaft war, machte er zum Gesetz, und dieses Gesetz nannte er Recht. Und so nennen wir es noch bis auf den heutigen Tag. Wie lange noch soll ein solches "Recht" Recht bleiben? Max Sternberg

es heißt letzten Endes, daß wir den Boden nicht einem einzelnen für ewig zusprechen sollen.

Im 155 der Reichsverfassung heißt es: "Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen." Wer trägt denn nun zur Wertsteigerung bei? Bei der Beantwortung dieser Frage zeigt sich am deutlichsten der Unterschied zwischen dem Boden einerseits und Sache, Ware, Fabrikat andererseits in ihrem entgegengesetzten Verhalten bei Angebot und Nachfrage. Je mehr Nachfrage nach einer Ware, einem Fabrikat, um so größer die Tendenz zur Massenfabrikation, um so billiger das Fabrikat (Nähmaschinen, Fahrräder usw.). Je mehr Nachfrage nach Grund und Boden (seinen Produkten), um so teurer der Boden, denn der Boden ist, wie bereits erwähnt, unvermehrbar. Je mehr Menschen, um so teurer der Boden! In erster Linie tragen demnach die Mütter zur Wertsteigerung bei, die mit Schmerzen und Gefahren das Kind zur Welt gebracht haben. Es tragen zur Wertsteigerung ferner bei alle diejenigen, die an der Aufzucht und Erhaltung der Lebenden sich betätigen, also der Lehrer, der Arzt, der Mann, der das Korn sät, das Messer herstellt, das Glas bläst, mit einem Wort also die Gesamtheit.

Je höher die Lebenshaltung des einzelnen, um so mehr Grund und Boden gebraucht er. Eine Familie mit 2000 Mark Einkommen gebraucht mehr Grund und Boden (Mehl, Milch, Eisen, Kohle usw.) als eine Familie mit 1000 Mark Einkommen. Wenn also die Arbeiter durch Streik höheren Lohn erkämpfen, so wird in letzter Linie der Grund und Boden teurer, die Grundbesitzer sind also Nutznießer des gewonnenen Streiks.

Der Ingenieur, der über dem Reißbrett gebeugt eine neue Maschine konstruiert, durch die industrieller Aufschwung erzielt wird, er trägt dazu bei, daß mehr Menschen Beschäftigung finden, daß die Auswanderung vermindert wird, daß letzten Endes also der heimatische Boden verteuert wird.

Der Gelehrte, der die Gesetze des Pflanzenwuchses studiert, der Industrielle, der künstliche Düngemittel herstellt, sie machen den Boden letzten Endes ertragreicher, also teurer.

Wir sehen also: Jeder menschliche Kulturfortschritt findet letzten Endes seinen wirtschaftlichen Niederschlag im erhöhten Preis des Grund und Bodens. Die Arbeit der Gesamtheit ist es, welche die Wertsteigerung und damit den Wert des Grund und Bodens bedingt. Wir haben vorhin gelernt, daß Eigentum auf

eigenem Tun beruht. Ist es demnach nicht höchstes, sittliches Recht, daß die Wertsteigerung und damit schließlich der Boden selbst der Allgemeinheit gehören muß?

Nach Oppenheimer beginnt die Staatenbildung überall damit, daß eine herumschweifende Horde einen sesshaften Stamm überfällt, ihm seinen Acker nimmt, sich selbst dort als Herrschaft etabliert, indem sie den Teil der Urbevölkerung, der nicht erschlagen wurde, zu menschlichen Arbeitsmotoren, zu Sklaven, macht. Soldaten, nicht Rechtsgelehrte waren die ersten Führer des Grundbuchs, und nicht mit Tinte wurde es geschrieben, sondern mit Blut. Der Staat beginnt somit als Klassenstaat und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Späterhin führten die Sieger nur einen Teil der Besiegten in die Sklaverei, legten dafür aber dem übrigen Teil der Besiegten einen jährlichen Tribut auf. In noch späterer Zeit behandelten die Sieger (Engländer) die Besiegten (Irländer) als politisch gleichberechtigte Mitglieder des eigenen Staates, nahmen ihnen aber den Grund und Boden und erreichten damit genau dasselbe, als wenn sie die Besiegten in die Sklaverei geführt hätten. Die Engländer haben die Irländer in die Grundzinsknechtschaft geführt.

Treffend sagt Schopenhauer: "Zwischen *Leibeigenschaft* wie in Rußland, und Grundbesitz in England, und *überhaupt zwischen dem Leibeigenen und dem Pächter, Einsassen, Hypothekenschuldner* u. dergl. mehr liegt der Unterschied mehr in der Form als in der Sache. Ob mir der Bauer gehört, oder das Land, von welchem er sich ernähren muß, der Vogel oder sein Futter, die Frucht oder der Baum, ist im wesentlichen wenig verschieden, wie denn Shakespeare den Shylok sagen läßt: Mein Leben nimmst du mir, wenn du mir die Mittel nimmst, durch die ich lebe." (Parerga und Paralipomena)

"Es muß eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Welt herbeigeführt werden, als sie unter dem Einfluß einer Eigentumstheorie bewirkt worden ist, und werden mußte, welche, wenn man sie beim rechten Namen nennen will, die Unersättlichkeit, Gefräßigkeit des Egoismus ist. Den Namen, den sie sich selber beilegt, ist Heiligkeit des Eigentums."

Rudolf von Jehring

Wenn man sagt: "Nur durch Arbeit kann der Mensch seine Bedürfnisse befriedigen", so ist das falsch. Wenn man sagt: "Nur durch Arbeit kann die Menschheit ihre Bedürfnisse befriedigen", so ist das richtig. Die Menschheit als Ganzes kann, ohne daß gearbeitet wird, nicht eine Woche bestehen, aber der Mensch als Einzelwesen oder als Gruppe von Einzelwesen kann sehr wohl ohne Arbeit leben, sofern er nämlich stark genug ist, einem anderen den Ertrag seiner Arbeit einfach wegzunehmen oder ihn zu zwingen, für ihn zu arbeiten. In der Tat haben Jahrhundert lang viele Menschen so gelebt (Sklaverei). *Volkswirtschaftlich bleibt es sich nun ganz gleich, ob der Starke mit brutaler Kraft den anderen beraubt oder zwingt, für ihn zu arbeiten, oder ob er im Besitz der politischen Macht Gesetze macht, die es ihm gestatten, aus dem Arbeitsertrag des anderen für sich ein arbeitsloses Einkommen zu entnehmen.* Solche Gesetze hat der Starke gemacht, indem er sagte: Die Fische in den Gewässern gehören mir (Fischereigerechtigkeit). Willst du Fische fangen, mußt du mir von dem Fang einen bestimmten Betrag abgeben. Der Wind, der über das Land weht, gehört mir (Windgerechtigkeit). Willst du mit dem Winde Korn mahlen, mußt du mir einen Teil des Mehls abgeben. Dieser Erdboden gehört mir (Bodenbeackerungsgerechtigkeit, Bodenbesitzrecht). Willst du den Boden beackern, mußt du mir einen Teil der Ernte abgeben." Der Starke tauscht Sachgüter gegen ein Recht ein, auf das der andere der Natur der Sache nach das gleiche Recht hat.

Im Anfang war die Gewalt. Und die Gewalt war bei dem Stärkeren. Und was dem Stärkeren angenehm und vorteilhaft war, machte er zum Gesetz, und dieses Gesetz nannte er Recht. Und so nennen wir es noch bis auf den heutigen Tag. Wie lange noch soll ein solches "Recht" Recht bleiben?

Die Wichtigkeit der Erkenntnis, daß der Besitz von Boden nicht der Besitz einer Sache, sondern der eines Rechtes ist, erhellt sofort, wenn wir fragen: Was bedeutet denn das Recht, den Boden zu bearbeiten? Da wir alle nur durch Bearbeitung des Bodens leben können, so bedeutet dieses Recht in letzter Linie das Recht auf Leben. Und für dieses Recht soll ein Mensch einem anderen Menschen, ein Staatsbürger einem anderen Staatsbürger Sachgüter geben, Zahlungen leisten! So lange ein solches Recht besteht, ist alles Gerede über Freiheit und Gleichheit letzten Endes nur Phrasengebimmel. Wie lange noch soll ein solches Recht bestehen? Fort mit solchem Recht!

"Sind Christentum und Bodenreform miteinander vereinbar? ... Wir können als Katholiken nicht nur für Bodenreform eintreten, wir müssen es tun."

(Katholisches Düsseldorfer Kirchenblatt, Nr. 33, 1920)

Im Jahr 1924 war Dr. Max Sternberg ein hervorragender Verfechter der natürlichen Wirtschaftsordnung in Ostfriesland. Seine Diskussionsbeiträge in vielen gegnerischen Parteilversammlungen sowie seine vielen Zeitungsaufsätze sammelte er in einem kleinen Büchlein: "Warum und wie zur Freiwirtschaft".

Wir setzen den Abdruck der Aufsatzreihe in dieser Ausgabe fort. Unsere Leser werden trotz der großen Zeitdifferenz manche Parallelen zur heutigen Situation feststellen können.

Wieder befinden wir uns im Umbruch der politischen Systeme, wieder herrscht Ratlosigkeit bei den Regierenden, wieder bieten die Freiwirtschaftler eine bisher unwiderlegte Alternative an. Wird uns heute gelingen, was Sternberg und seinen Freunden damals mißlang: eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens aufzubauen?

Nach dem zweiten Durchgang durch Krieg und Diktaturen, meinen wir, haben die Völker Europas das verdient. (ws)

Mit dem undemokratischen Geldrecht und der römischen Bodenordnung wankten Freiheit und Frieden

Eine Dokumentation aus der Weimarer Republik

Von Max Sternberg

Als vor hundert Jahren Deutschland zusammengebrochen war, hielt Fichte seine Reden an die deutsche Nation. Beim jetzigen Zusammenbruch wird Fichte vielfach zitiert. Er möge auch hier zitiert werden.

Fichte sieht mit prophetischem Auge eine bessere, gerechtere Zeit kommen und sagt von ihr: "Die Naturkraft überhaupt, am unmittelbarsten am Boden repräsentiert, gehört der menschlichen Freiheit. Es tritt kein Halbgöttergeschlecht dazwischen. Das Reich ist Herr des Bodens. Wie soll doch ein Mensch ein Recht haben, einen anderen zu hindern, den Acker zu bebauen, außer dadurch daß er ihn selbst bebaut."

Halbgöttergeschlecht! Auf dem hohen Olymp saßen die Götter. Ohne Arbeit floß ihnen die köstliche Götterspeise Ambrosia und der köstliche Göttertrank Nektar zu. Bei uns gibt es Wesen, denen ebenfalls ohne Arbeit die köstlichsten Speisen und Getränke zufließen. Was Wunder, daß sie sich für Halbgötter halten, daß sie sagen, sie wären von edlerem Geschlechte, als die arbeitende Menschheit, hätten daher ganz anders gefärbtes Blut. Mögen sie sich dafür halten, töricht die Menschheit die das glaubt, töricht die Menschheit, die nicht fragt: "Müssen denn solche Zustände sein, daß Menschen ohne Arbeit, d. h. von der Arbeit anderer leben?" Was trägt der Besitzer der Windgerechtigkeit zum Mahlen des Kornes bei? Nichts. (Der Vater des jetzigen Petkumer Müllers hat noch einem holländischen Baron, dem Rechtsnachfolger des Petkumer Burg Herrn, für die Benutzung des Windes Zahlungen geleistet. In der Grafschaft Bentheim gehört heute noch der Wind dem Fürsten von Bentheim.) Was trägt der Inhaber der Fischereigerechtigkeit zum Fischfang bei? Nichts. Was trägt der Besitzer des Grund und Bodens zu der Ernte bei. Nichts. Sie sind also Schmarotzer am Volkskörper, fort mit ihnen!

Sind die Grundbesitzer mächtig, Halbgötter, so gibt es doch ein Wesen, das noch mächtiger ist, ein ganzer Gott, Gott

Mammon, das Geld. Das Geld bemächtigt sich des Bodens, teils offen durch Kauf, teils heimlich, daß der Nachbar es nicht mal sehen kann, nämlich durch hypothekarische Beleihung. Hierdurch zwingt es den Besitzer, den Zins, den Tribut, den er von den Bebauern erhalten hat, ihm nach Maßgabe der Beleihung abzutreten. Das Geld stellt sich Tribut heischend, zwischen den Boden und den Bebauer, wie der Inhaber der Fischereigerechtsame zwischen den Fischen und den Fischern steht.

Nach mosaischen Gesetz war das Zinsnehmen verboten. Es heißt Buch 2, Kap. 22, V. 25: "Wenn du Geld leihst dem Armen, meinem Volke, sei ihm kein Schuldner, lege ihm keinen Zins auf." Das christlich-kanonische Recht hat das Zinsverbot aus der mosaischen Gesetzgebung übernommen. Pecunia pecuniam parere non potest = Geld kann nicht Geld hecken, so wird das Zinsverbot im kanonischen Recht begründet. Kirchenväter, Konzilien, Päpste eiferten gegen den Zins, stellenweise mit einer derartigen Heftigkeit, daß man daraus schließen kann, daß Zins vielfach genommen worden ist.

Auch Luther eiferte mächtig gegen den Zins. Er sagt z. B. im Sendschreiben an den christlichen Adel: "Aber das größte Unglück deutscher Nation ist gewißlich der Zinskauf. Wo der nicht wäre, müßte mancher seine Seide, Goldgestick und Spezerei wohl ungekauft lassen. Er ist nicht viel über 100 Jahre gestanden, und hat schon fast alle Fürsten, Stifte, Äbte, Adel und Erben in Armut, Jammer und Verderben gebracht. Sollte er noch 100 Jahre stehen, so wäre es nicht möglich, daß Deutschland einen Pfennig behielte, wir müßten uns gewißlich untereinander auffressen. Der Teufel hat ihn erdacht und der Papst wehe getan mit seinem Bestätigen aller Welt."

Für Luther war jeder Zins gleich Wucher und er übersetzt daher das Wort, womit im Text Zins gemeint ist, mit Wucher, und er gebraucht das Wort Zins, wo im Text Steuern oder Tribut gemeint

ist. (Zinsgroschen. Und der König legte ihnen Zins auf usw.) Luther übersetzt demnach die Stelle: "lege ihm keinen Zins auf" mit den Worten: "du sollst keinen Wucher mit ihm treiben", wodurch die betr. Bibelstelle für uns einen ganz anderen Sinn bekommt.

Anders als Luther urteilte Calvin über den Zins. Soviel ich weiß, ist er der erste, der die Wurzel des Zinses, oder vielmehr die eine Wurzel des Zinses richtig erkannt hat. Er sagte: "Geld kann nicht Geld hecken, das ist richtig, aber mit Geld kann ich ein Stück Land kaufen, welches aus sich heraus Pacht abwirft. Wenn ich aber mit Geld ein Pacht abwerfendes Land kaufen kann, muß ich auch für Geld Zins bekommen können." Vollständig einleuchtend. Wir sehen jetzt, daß der Zins zwei Wurzeln hat, eine im Metallgehalt des Geldes, die andere in der Käuflichkeit, im Privatbesitz des Grund und Bodens. In Israel war das Zinsverbot durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gerechtfertigt. Einmal befand man sich noch in der Zeit der Naturalwirtschaft, wo Geld und Geldverkehr keine Rolle spielten, und zweitens war der Grund und Boden nicht dauernd verkäuflich, er fiel alle Jubeljahre (50 Jahre) an den ursprünglichen Besitzer zurück. Übrigens hat der Gesetzgeber auch sonst noch Maßregeln getroffen, um die Getreidefelder des israelitischen Bauern gegen die Angriffe des Kapitals zu schützen. Mit der Entwicklung des Geldwesens und mit der römisch-rechtlichen Verkäuflichkeit des Grund und Bodens mußte mit innerer Notwendigkeit der Zins kommen, ebenso notwendig, wie der Donner auf den Blitz folgt. Konzilien und Päpste mochten noch so heftig gegen den Zins eifern, sie hätten ebenso erfolgreich dagegen eifern können, daß es im Winter ungemütlich kalt wird. Die katholische Kirche hat daher später den Kampf gegen den Zins eingestellt. Es ist übrigens wohl kein Zufall, daß gerade die kalvinistischen Länder Niederlande und Schottland die Länder waren, in denen der moderne Kapitalismus zuerst zur Blüte kam.

Will man das arbeitslose Einkommen, den Zins bekämpfen, so muß man beide Wurzeln des Zinses, das Metallgeld und den Privatbesitz am Grund und Boden entfernen. Die Änderung unseres jetzigen Geldes in Frei-Geld haben wir anfangs bereits besprochen.

Nun zum Grund und Boden. Dieser muß wieder in den Besitz der Allgemeinheit kommen, dem er von Rechts wegen zukommt. Das Land dem Lande, das Land dem Volke! Das muß der Schlachtruf sein, mit dem die Einheitsfront aller Schaffenden in den Kampf, in den siegreichen Kampf für soziale Gerechtigkeit

zieht. Als vor beinahe 40 Jahren der Bund für Bodenreform diesen Schlachtruf anhub, da wurde er verhöhnt und angefeindet. In der neuen Reichsverfassung wurde aber der Grundgedanke der Bodenreform als etwas Selbstverständliches im 115 der Reichsverfassung verankert. Wie stellen sich nun die verschiedenen Parteien zur Bodenreform?

Die sozialdemokratische Partei hat im Görlitzer Programm, wie bereits oben erwähnt, die Sozialisierung des Grund und Bodens an die Spitze ihrer wirtschaftlichen Forderungen gestellt. Vor einigen Monaten hat sie "Richtlinien" herausgegeben, nach welchen die Sozialisierung ins Werk gesetzt werden soll.

Die Deutsche Volkspartei hat 1919 auf dem Leipziger Parteitag den Leitsatz der Bodenreformer wörtlich in ihr Programm aufgenommen.

Nicht so weit geht die Deutsch-demokratische Partei. Im Programm vom 12. 2. 1920 sagt sie: Für den Boden, das kostbarste Monopolgut des Volkes, folgt daraus: Verhinderung der Bodenspekulation, entschlossene Aufteilung von Großgrundbesitz zur Schaffung von selbstwirtschaftlichen bäuerlichen Familienbetrieben und zur Ansiedlung von Landarbeitern.

Zentrumsstimmen: Das von den katholischen Pfarrämtern Düsseldorfs herausgegebene Düsseldorfer Kirchenblatt schließt eine Aufsatzreihe (Nr. 30 - 33 1920) "Sind Christentum und Bodenreform miteinander vereinbar?" mit den Worten: "Wir können als Katholiken nicht nur für Bodenreform eintreten, wir müssen es tun."

Der Kardinal-Erzbischof von München schrieb vor einigen Jahren an den Vorsitzenden der Bodenreformer: "Wir Katholiken sollen in der Frage der Bodenreform nicht folgen, sondern vorgehen."

Aus den vielen Zustimmungen der lutherischen kirchlichen Würdenträger die "Mitteilungen des Pfarrvereins für Sachsen (Nr. 44, 1923): "Die Hauptsache für die Kirche, falls sie rechte Volksführerin sein will, ist die geistige Durchdringung aller ihrer Glieder mit der Erkenntnis des Notstandes und mit dem Willen, mitzuarbeiten an dieser Grundfrage unseres ganzen Volkslebens. Soll es wieder aufwärts gehen, so kann es nur geschehen auf dem Wege, den die Bodenreform zeigt. Darum alle mit an dieses Werk, um des Volkes und des Vaterlandes willen."

Von der Deutschnationalen Partei ist es nur der linke Flügel der christlich-nationalen Arbeiterschaft, der für die Bodenreform eintritt.

Das Organ der christl.-nat. Arbeiterbewegung: "Der Deutsche" (17.7.1923):

"Die Spekulationen mit dem deutschen Boden müssen endlich ein Ende nehmen. Es geht ums Ganze! Darum müssen alle, denen das Vaterland lieb ist, dem versöhnenden "Bodenreformgesetz" zum Siege verhelfen. Es darf nicht wieder gehen wie beim preußischen Wahlrecht, daß die Massen sich holen, was sie nicht freiwillig erhalten."

Der "Aufwärts", das organ des evang.-Soz. Flügels der deutschnationalen Partei schreibt (19. 6. 1923) in einer Besprechung der soz.-dem. "Richtlinien":

"Auch wir würden uns freuen, wenn die Sozialdemokratie wirklich fest bleibt und würden uns noch mehr freuen, wenn auch die deutschnationale Partei, deren Mitglieder ja in erster Linie eine Bodenreformfrage angeht, sich entschlosse, in aller Selbstlosigkeit den Weg zu suchen, der für unser Volksleben und für unsere Volkswirtschaft der geeignete und gangbare ist."

Ob der Appell an die Selbstlosigkeit der übrigen Deutschnationalen Erfolg haben wird? In dieser Partei bilden die Großgrundbesitzer den ausschlaggebenden Faktor. Ihre Machtstellung, ihre gesellschaftliche Stellung wird bedingt durch den Genuß des Bodenzinses, der Grundrente. Sie werden mit aller Macht und mit allen Mitteln die Verwirklichung unserer Forderung bekämpfen, und wenn der ganze Staat dabei in die Brüche gehen sollte. Als vor 100 Jahren Preußen zusammengebrochen war, wurde durch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung und einzig und allein durch diese der Geist erweckt, der das Volk zu den Freiheitskriegen beseelte. Die Großgrundbesitzer, die Junker aber bekämpften diese Gesetzgebung. Lieber dreimal noch ein Jena und Auerstädt, so hörte man aus ihren Reihen, als einmal die Aufhebung der Erbuntertänigkeit. (Bis zur Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung mußten die in den Gutsbezirken geborenen Menschen beiderlei Geschlechts fünf Jahre dem gnädigen Herrn dienen.) Sie belegten die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung mit dem verächtlichsten Ausdruck, den es für sie gab, sie nannten sie "neudeutsche Judengesetzgebung".

In der Verfolgung ihrer Interessen haben sie sich nicht geändert. Im vorigen Jahrhundert sagte der Konservative v. Gerlach, ein Erzreaktionär aber ehrlicher Kerl, von seinen Standesgenossen, sie kehrten in der Mehrzahl die Front nach dem Mist und den Rücken gegen den Staat. Diese Kreise haben sich in der Verteidigung ihrer Standesinteressen nicht geändert. Der Appell des "Aufwärts" an die Selbstlosigkeit wird vergeblich sein. Diese Kreise werden nicht eher für Bodenreform, Frei-Land eintreten, als der Löwe anfängt, Gras zu fressen.

Eine Dokumentation aus der Weimarer Republik

Parteienstaat und Steuerunrecht: Folge der schlechten Verhältnisse, die unser falsches Geldsystem erzeugt

Von Max Sternberg

Was Dr. Max Sternberg, Arzt in Emden, im Jahre 1924 zur Verdeutlichung der freiwirtschaftlichen Vorschläge zur Erreichung einer "Natürlichen Wirtschaftsordnung" in einem kleinen Büchlein veröffentlichte, wirft zugleich ein Schlaglicht auf die Weimarer Verhältnisse, die doch gar nicht so völlig verschieden von unseren heutigen sind.

Wurden unsere heutigen Parteien klüger, ist das Steuer"recht" gerechter geworden? Gewiß nicht, sie können es auch nicht sein, weil unsere Regierenden nicht zur Ursache der Misere vordringen wollen.

Wenn nun sonst alle Parteien für die Sozialisierung des Bodens sich erklären, wie kommt es denn, daß man gar keine Taten sieht, daß die Sozialisierung des Bodens gar keine Fortschritte macht? So wird der Leser fragen und mit vollem Recht fragen. Wir kommen damit zu einem wunden Punkte unserer Parteiverhältnisse. Durch die Listenwahl ist der ehemalige innige Zusammenhang zwischen den Wählern und den Abgeordneten verlorengegangen. *)

Die Macht der Wähler ist gebrochen zugunsten der Parteivorstände. So ist es gekommen, daß in allen Parteien ausnahmslos allen Parteien, vielfach aus den Parteiführern Parteibonzen geworden sind. (Naumann, der gute Geist der deutschen Demokratie, hat vor der Annahme der Listenwahl auf diese Ge-

*) Im praktischen Anschauungsunterricht haben wir dieses gesehen bei der Überführung des städtischen Gaswerks in den Mißbesitz einer Aktiengesellschaft. Aus Handwerkerkreisen wurde eine Bürgerversammlung einberufen, um gegen die Überführung zu protestieren. Die Bürgervorsteher, die für die Überführung gestimmt haben, glänzten durch Abwesenheit, nur ein einziger ließ sich sehen und hören, aber was er sagte, läßt sich in dem einen Satz zusammenfassen: "Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts." Hätten wir noch Bürgervorsteher gehabt, die aus den Wykwahlen hervorgegangen wären, sie hätten sich mit ihren Wählern besprochen und das Gaswerk wäre heute noch ganz gewiß in städtischem Besitz.

fahren aufmerksam gemacht.) Aber auch die Parteiführer sind nur scheinbar die Herrschenden. In Wirklichkeit sind sie mehr oder weniger abhängig von denjenigen, die den Parteibetrieb erst ermöglichen, nämlich den hinter den Kulissen stehenden großen Geldgebern. Diese Kapitalisten haben in ihrem gesunden Klasseninstinkt die Wahrheit der Marxschen Worte begriffen, daß das Grundmonopol die Basis des Kapitalmonopols ist. Sie sind daher ebenfalls die geborenen Feinde von Bodenreform - Frei-Land.

Während aber die Grundrentenbezieher in ihrem Gewerkschaftsblatte, der Deutschen Tageszeitung, Bodenreform - Frei-Land offen aber nicht ehrlich bekämpfen - mit ehrlichen Waffen ist unsere Wahrheit eben nicht zu bekämpfen, und daher bedienen sie sich der Entstellung und Fälschung -, bekämpfen die Kapitalisten sie auf schlauere Weise. Sie wissen, daß das schönste Bodenreformgesetz, Landbeschaffungsgesetz praktisch unwirksam ist, d. h. auf dem Papiere stehen bleibt, solange nicht ein Geldbeschaffungsgesetz hinzukommt. Die Geldbeschaffung wird aber nur durch Frei-Geld bewerkstelligt werden.

Man bekämpft daher Frei-Geld, indem man die Goldwährung als die einzig mögliche Währung hinstellt und Frei-Geld totschweigt. Die Sinnese

in den verschiedenen Parteien werden also sagen: "Ihr geistige Führer in 'unseren' Parteien mögt ruhig die Forderung der Bodenreform in euer Programm aufnehmen, das schadet uns Kapitalisten gar nichts, solange wir das Geld beherrschen. Im Gegenteil, es kann uns nur angenehm sein, wenn diese Forderung in eurem Programm oder Protokollen verzeichnet steht. Wenn nämlich das 'Volk, der große Lümmel, anfängt zu greinen', dann könnt ihr mit vollem Brustton sagen: 'Ja, lieber Parteifreund, wenn es mit der Siedlung, der Sozialisierung des Bodens nicht vorwärts geht, so liegt eben die Schuld bei den anderen. Siehe doch mal nach im Protokoll des Parteitages, wie trefflich wir die Siedlung, die Sozialisierung in unserem Programm verlangt haben.' Wenn dann der große Lümmel, der gleichzeitig auch ein großer, gutmütiger Tölpel ist, die Worte Protokoll oder Programm hört, bekommt er einen solchen Respekt, daß er sich zufrieden gibt, so daß uns unsere kapitalistische Macht erhalten bleibt."

Siedlung und Frei-Land wird nur durch Frei-Geld verwirklicht werden. Wir verstehen jetzt auch, warum die Siedler klagen: "Wir möchten so gerne siedeln, wir reden und schreiben und petitionieren und kommen und kommen nichts weiter."

In seinem berühmten "Kampf ums Recht" sagt Rudolph von Jhering: "Der Weg des Rechts ist gepflastert mit zertretenen Rechten." Das heißt: Das alte Recht macht nur widerwillig dem neuen, besseren Rechte Platz, und es hängt ganz von der Art und Weise der Verteidigung des alten Rechts ab, ob das neue Recht sich ohne größere Störung oder in brutalster Weise, wenn nötig in blutigem Kampfe durchsetzt.

Ansätze zu letzterem Übergange sind in vorliegender Sache bereits vom neuen Recht gemacht und zwar in höchst ungerechter und daher fehlerhafter Art und Weise, nämlich im Antrag Hoef. Derselbe will dem größeren Grundbesitz seinen größten Teil einfach ohne Entschädigung abnehmen und diesen weggenommenen Teil unter die Siedler verteilen. An den Antrag Hoef dachte jedenfalls das führende Organ der christl.-nat. Arbeiterbewegung als es schrieb: "Es darf nicht wieder gehen wie beim preußischen Wahlrecht, daß die Massen sich holen, was sie nicht freiwillig erhalten." In Siedlerkreisen wird für den Antrag lebhaft Propaganda gemacht, um die nötigen Unterschriften aufzubringen, damit durch Volksentscheid über diesen Antrag abgestimmt werde.

Vor einiger Zeit hielt ein Wanderredner auch hier in Emden für diese Sache einen Vortrag und er rühmte sich der Erfolge seiner Tätigkeit in unserer nordwestlichen Ecke. In der Aussprache trat ich ihm entgegen und führte u. a. aus:

1. Die jetzigen Grundeigentümer haben ihren Besitz unter unseren bestehenden Gesetzen rechtlich erworben, folglich muß ihr Eigentum am Grund und Boden, man mag sonst zu diesem stehen, wie man will, ebenso unverletzlich sein, wie jedes andere Eigentum.
2. Die entschädigungslose Wegnahme kommt aber auch, wie die Geschichte lehrt, viel zu teuer. Als z. B. vor 150 Jahren die französischen Bauern die aristokratischen Großgrundbesitzer entweder verjagten oder aber den zurückgebliebenen Rest auf die Guillotine schickten, machten sie sich nach diesen Vorbereitungen einfach zu Herren des früher adeligen Bodens. Durch dieses Vorgehen entstanden die sogenannten Koalitionskriege, die in den napoleonischen Kriegen ihre Fortsetzung fanden. Hätte man den Aristokraten den Boden um den hundertfachen Betrag seines Wertes abgekauft, es wäre billiger gekommen als wie die vielen Kriege.
3. Als in den sechziger Jahren die amerikanischen Nordstaaten verlangten, daß die Sklaverei entschädigungslos aufhören solle, entstand daraus der sogenannte Sezessionskrieg der Südstaaten gegen die Nordstaaten. Hätte man die Sklaven um den tausendfachen oder zehntausendfachen Betrag ihres Kostenpreises losgekauft, es wäre billiger gekommen als der Krieg. Sollte der Antrag Hoeft Gesetz werden, so wird meiner Meinung nach die Ausführung nur durch Bürgerkrieg ermöglicht werden, und das kommt zu teuer. Man muß daher den Antrag Hoeft auf das Entschiedenste bekämpfen."

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß diese meine Ausführungen in der Versammlung Eindruck hervorgerufen haben. Daß ein Antrag Hoeft überhaupt aufgestellt werden kann und vielfache Zustimmung findet, ist ein sicheres Zeichen dafür, daß etwas Krankhaftes in unseren Verhältnissen und damit auch im Volke vorhanden ist.

Wie will nun die Freiwirtschaft den Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überführen?

Erinnern wir uns zu dem Zwecke, wie Bismarck in den achtziger Jahren (des vorigen Jahrhunderts, die Redak-

tion) die im Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen in den Besitz des Staates, der Allgemeinheit überführt hat. War dazu Geld notwendig? Nein, kein Pfennig. Die Aktienbesitzer bekamen den vollen Betrag in verzinslichen Staatspapieren ausbezahlt. Sie machten dabei noch ein glänzendes Geschäft, denn als es hieß, der Staat würde die Bahnen übernehmen, stiegen selbstverständlich die Kurse der Aktien ganz beträchtlich. Mit dem Überschuß aus dem Betrieb konnte dann der Staat 1. die Zinsen bezahlen, 2. die gesamte Schuld abtragen, so daß nach Verlauf von einer Reihe von Jahren die Eisenbahnen schuldenfreier Besitz waren. Es ist bekannt, daß der Reinertrag der Eisenbahnen einen Hauptbetrag in dem Budget des preußischen Staates ausmachte.

Genau wie bei den Eisenbahnen wollen wir auch mit dem Grund und Boden verfahren. Er soll abgeschätzt werden, die Besitzer bekommen dafür Grundeigentum - Ablösungsscheine, die je nach dem Stand des jeweiligen Zinsfußes verzinst werden. Mit der Einführung der Freiwirtschaft wird der Zinsfuß sehr bald sinken, bis auf Null sinken, und daher wird der Staat sehr schnell aus den Pachten die Schulden abtragen können und voller Besitzer des gesamten Grund und Bodens sein.

Man sieht, wie eng Frei-Land und Frei-Geld zusammenhängen. Haben wir nur erst Frei-Geld, dann ist die Verwirklichung von Frei-Land eine Kleinigkeit.

Welches sind nun die Folgen von Frei-Geld (einschließlich Festwährung) und Frei-Land?

Arbeitsloses Einkommen (aus Kapitalerträgen, die Red.) gibt es nicht mehr. Wer essen will, muß auch arbeiten. Das Rentnertum (Kapital-Rentner, die Red.) gehört der Vergangenheit an. Denken wir wieder an unseren Block (siehe DER DRITTE WEG 4/89). Er wird nicht mehr halbiert für die Zinsempfänger einerseits und die Lohnempfänger andererseits, nein, letztere, die ihn allein aufgebaut haben, sind auch allein berechtigt, ihn abzutragen. Zum ersten Male in der Kulturgeschichte erhält der Arbeiter seinen gerechten Lohn. Die innerste Forderung des Sozialismus, daß derjenige, welcher zum Aufbau des Blocks nichts

beigetragen, auch beim Abbau nichts wegragen soll, ist in Erfüllung gegangen.

Da der Staat die ganze Grundrente (Bodenpacht nach Einführung der Freiwirtschaft, die Red.) erhält, da er von dem umlaufenden Gelde einen gewissen Prozentsatz (Frei-Geld) erhält, so schwimmt er im Gelde und kann auf alle sonstigen Steuern verzichten. Wir Freiwirte unterscheiden bei den Steuern zwei Arten von Steuern, solche auf arbeitsloses Einkommen und solche auf erarbeitetes Einkommen. Selbstverständlich, daß bei unseren jetzigen ungerechten, blödsinnig ungerechten Verhältnissen, das letztere höher besteuert wird. Ist das Urteil zu hart, wenn man bedenkt, warum ein Rentner, der 3000 M Einkommen hat, weniger besteuert werden soll, als der Mann, durch eigene Arbeit 3000 M erwirbt, der, denken wir wieder an unseren Block, im Gegensatz zum Rentner beim Aufbau des Blocks tätig ist?

Damit das Volk, "der große Lämmel", aber diese Ungerechtigkeit nicht deutlich merken soll, erfindet man für die Steuern auf Arbeit verschiedene Namen, wie Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer. Selbstverständlich hat das Volk für diese Ungerechtigkeit instinktiv das richtige Empfinden, und sehr viele Steuerzahler, die sonst durchaus wahrheits- und ehrlich sind, sitzen stundenlang bei ihrer Steuererklärung und sinnieren und grübeln, wie sie wohl dem Finanzamt ein Schnippchen schlagen können, ohne Gefahr zu laufen, gefaßt zu werden. Wieviel Prozent der Steuerzahler mögen wohl so verfahren? Ich bin zu vorsichtig, um die Zahl niederzuschreiben, die ich in Gedanken habe und will Dir, lieber Leser, es überlassen, die Zahl anzugeben. Nicht wahr, sie ist sehr hoch? Was folgert daraus? Daß die Verhältnisse schlecht sind, die die Menschen derartig handeln lassen.

Schuldig ist unser falsches Steuersystem und dieses ist die Folge unseres falschen Geldsystems. Hier liegt die tiefste Ursache. Frei-Geld wird erlösend wirken. Würden die Leute, die jetzt stundenlang darüber grübeln, wie sie dem Finanzamt ein Schnippchen schlagen können, nur die Hälfte dieser Zeit zum Studium der Freiwirtschaftslehre benutzen, es stände besser um die Sache des deutschen Volkes.

Dr. Sternbergs Ansicht, der freiwirtschaftlich organisierte Staat könne "auf alle sonstigen Steuern verzichten", da ihm ja die ganze Grundrente zufließe, wird dann verständlich, wenn man die damalige "preußische" Mentalität der Staatsverwaltung und die geringe Staatsquote berücksichtigt. Heute würde wohl die Grundrente zur Bewältigung aller Staatsaufgaben nicht ausreichen, es sei denn, wir bauten viele dieser Aufgaben ab. (ws)

Schluß der Dokumentation aus der Weimarer Republik

Schafft soziale Gerechtigkeit als Grundlage des Friedens!

Von Max Sternberg

Mit dieser Ausgabe beschließen wir den Abdruck aus Dr. Max Sternbergs Broschüre "Warum und wie zur Freiwirtschaft?", die er im Jahre 1924 herausbrachte. Noch einmal legt er dar, welche Friedenssicherung von den Reformen Silvio Gesells ausgehen und welche Vorteile gerade Frauen und Arbeiter zu erwarten hätten.

Dieses Dokument aus der Weimarer Republik liest sich stellenweise wie eine höchst aktuelle Mahnung, aus den Fehlern Weimars zu lernen. Angesichts der Umwälzungen in der DDR und bald auch bei uns, sollten wir sie beherzigen.

Noch ein besonderes Wort an die Frauen der Sozialisten. Man hat euch Frauen das Stimmrecht gegeben. Was habt ihr als Frauen davon, daß ihr in das Parteigetriebe hineingezogen worden seid? Nichts. Ihr fühlt das mit dem feinen Instinkt des Weibes und haltet euch darum vielfach von jeglichem Parteigetriebe fern. Nun wohl, die Freiwirtschaft aber wird endlich die vielersehnte Befreiung der Frau bewirken und damit jenen Fortschritt der Menschheit bringen, wie ihn z. B. Bebel in seinem Buche die Frau mit prophetischem Geiste verkündet hat.

Darum rufe ich euch Frauen zu: Helft uns, die Freiwirtschaft zu verwirklichen, veranlaßt auch eure Männer, daß sie ebenfalls für die Freiwirtschaft eintreten.

Fragen an Sozialisten nach dem 1. Weltkrieg

Fragt man einen guten, braven Sozialisten: "Warum habt ihr November 1918, als ihr alle Macht in Händen hattet, als dem Bürgertum vor Angst um das bißchen Leben die Gebeine schlotterten und es daher bereit war, die größten Opfer an Besitztum zu bringen, die Sozialisierung der Betriebe nicht programmäßig vorgenommen?", so bekommt man die Antwort: "Ja, die wirtschaftlichen Verhältnisse waren dazu noch nicht reif."

Fragt man dann weiter: "Schön, wie lange soll es denn deiner Meinung nach noch dauern, bis die Verhältnisse dazu reif sind?", so erhält man von ihm

ganz bestimmt eine Antwort, aus der man merkt, daß er seit den Novembertagen etwas gelernt hat. Damals nämlich prophezeiten alle Redner, daß die schönen Tage des Sozialismus jetzt bald kommen würden. Falsche Propheten sind sie gewesen. Heute wird man im Prophezeien vorsichtiger.

Ein vorsichtiger Prophet prophezeit nur das, was frühestens in 100 Jahren eintreten wird, dann wird ihm niemals der Vorwurf gemacht werden, er wäre ein falscher Prophet gewesen. So gibt denn unser Sozialist den Zeitpunkt, wo die Betriebe für die Sozialisierung reif sind, erst als nach mehreren Generationen eintretend an. Das heißt mit anderen Worten: Für uns und unsere Kinder ist nichts zu erhoffen. Ist es da nicht ganz erklärlich, daß ihr Frauen vielfach ärgerlich seid, wenn eure Männer zur politischen Versammlung gehen, daß ihr dann zu euren Männern sagt: "Was ist denn bei allen euren Versammlungen herauskommen? Nichts! Und was wird herauskommen? Nichts! Solltest lieber zu Hause bleiben!"

Hand aufs Herz, wie viele von euch haben so schon gesprochen? Anders bei unseren freiwirtschaftlichen Forderungen. Da brauchen wir nicht zu warten, bis die Verhältnisse reif werden. Der Widerstand liegt nur in den Köpfen der Massen. Veranlaßt eure Männer, über die enge Parteibrille hinauszusehen und für die Einheitsfront aller Schaffenden einzutreten und daran zu arbeiten, daß das arbeitslose

Einkommen, wie es durch Zins, Rente und Spekulationsgewinn erzielt wird, verschwindet.

Wenn dieses freiwirtschaftliche Ideal erreicht ist, dann ist die goldene Zeit gekommen, wo derjenige, der nicht arbeitet, auch nichts zu essen bekommt, und es liegt nur bei euch, ob ihr und eure Kinder diese glückliche Zeit erleben werdet oder nicht.

Schlußbetrachtungen

Ich bin mit meinen Ausführungen über unsere drei F, Frei-Land, Frei-Geld, Festwährung, zum Schluß gelangt. Es lag mir alles ferner, als eine Abhandlung der Freiwirtschaftslehre zu schreiben, ich wollte nur die Grundzüge dieser Lehre wiedergeben und den Leser zum Studium dieser Lehre anregen. Als Schriften empfehle ich vor allem das grundlegende Hauptwerk von Silvio Gesell: "Die natürliche Wirtschaftsordnung", von kleineren Schriften: Blumenthal: "Die Befreiung von der Geld- und Zinsherrschaft".

In Frankreich macht die Freiwirtschaftslehre erfreuliche Fortschritte. Man hat dort für unser Frei-Geld den herrlichen Namen "Monnaie sociale", gleich soziales Geld, geprägt. In diesem Sinne reden auch wir von der Sozialisierung des Geldes.

Wenn dann die verschiedenen Völker zur Freiwirtschaft übergegangen sind, wird ein *internationales Währungsamt* den gegenseitigen Verkehr der Völker regeln. Der internationale Sozialismus hat glatt versagt. Wer geglaubt hat, dieser würde imstande sein, einen Weltkrieg unmöglich zu machen, ist 1914 arg enttäuscht worden.

Jetzt haben wir den internationalen Völkerbund, ein Erzeugnis des interna-



Dr. med. Max Sternberg
geboren am 24. 7. 1856 in Meppen
gestorben am 15. 8. 1930 in Emden

tionalen Kapitalismus mit seiner Hure, der Geheim-Diplomatie. Der Völkerbund soll den Weltfrieden bringen, die Hauptmacher rüsten aber flott weiter. Er soll den einzelnen Völkern die Selbständigkeit verbürgen und dient in Wirklichkeit nur dazu, daß der internationale Kapitalismus seine Polypenarme ungestört ausstrecken kann. Erst das internationale Währungsamt der freiwirtschaftlichen Nationen, bei denen es keine Leute mit arbeitslosem Einkommen (Ausbeuter) und keine Zinssklaven (Ausgebeutete) mehr gibt, wird den Weltfrieden verbürgen.

Wie lange wird es noch dauern, bis die Freiwirtschaft bei uns eingeführt wird? "Der Krieg ist der Vater aller Dinge", sagte der griechische Weise Heraklit. Wie, der Krieg, der Zerstörer, soll der Vater aller Dinge sein? Krieg ist die Zeit der Not. Not, sagt man, lehrt beten, Not lehrt aber auch, das Nötige zu tun. Wir sind jetzt ein Volk in Not.

"Das deutsche Volk ist blind", hat einmal der ermordete Rathenau gesagt. Professor Not wird ihm den Star stechen. Unser Staatswagen rollt dem Abgrund entgegen. Wer von uns hat dieses nicht schon so oft gehört und auch selbst gesagt!? Welche Partei kann uns retten?

Ausnahmslos alle Parteien von Weimar haben versagt

Habe ich anfangs gesagt, die Novemberleute hätten Bankrott gemacht, so sage ich jetzt zum Schluß: Alle Parteien, ohne Ausnahme alle Parteien, haben Bankrott gemacht. Was haben sie denn getan, daß wir nicht in das verderbliche Elend hineinkommen sollten? Was wissen sie denn zu sagen, wie wir jetzt aus dem Elend herauskommen können? Wie viele lesen denn noch das Parteigeschwätz und das Parteigezänk, das im Reichstag verzapft wird?

Im Gefühl ihres Bankrotts haben die Parteien darum auch dem Militär die *Diktatur* überlassen in der Hoffnung, daß dieses den Staatswagen glücklich lenken würde. Törichte Hoffnung.

Den Krieg haben wir verloren. Wer von Revanche redet, wo uns Kanonen, Tanks, Flugzeuge usw. fehlen, ist entweder Idiot oder Verbrecher. Den Frieden aber können wir gewinnen und zwar durch soziale Reformen. Diejenige Nation wird aus dem Weltkrieg schließlich als Sieger hervorgehen, die am ersten und am vollkommensten die sozialen Reformen durchführt. Für die deutsche Nation gibt es nur ein Entweder - Oder, entweder Zinssklaven des Kapitalismus, oder Befreiung von jeglicher Zinsknechtschaft durch Freiwirtschaft. Darum heran ihr Schaffenden alle zur Einheitsfront, heran zum Kampfe für **Frel-Land, Frel-Geld, Festwahrung!**

Wovon sollen die Leute im Alter ihren Lebensunterhalt bestreiten, wenn es keinen Zins mehr gibt?

In meinen Ausführungen über Freiwirtschaft habe ich die Einwendungen, die gewöhnlich von denen, die zum ersten Male von Freiwirtschaft hören, gemacht werden, ganz außer acht gelassen. Ich nahm nämlich an, daß diese Einwendungen in etwaigen späteren Entgegnungen gemacht würden und wollte dann in der Beantwortung ausführlicher darauf eingehen. Leider ist bislang keine Entgegnung erfolgt, wohl aber wurde mir mehrfach mündlich die Frage vorgelegt, die mir in öffentlichen Versammlungen nach dem Vortrag fast regelmäßig an erster Stelle vorgelegt wird und zwar meistens in der Annahme, daß die Freiwirtschaft darauf keine genügende Antwort geben könne. Die Frage lautet:

"Wovon sollen die Leute im Alter oder die Witwen ihren Lebensunterhalt bestreiten, wenn Zins nicht mehr vorhanden ist?"

Ich nehme an, daß die Beantwortung dieser Frage an dieser Stelle für diejenigen, die meinen Ausführungen bis soweit gefolgt sind, von Interesse ist.

Wenn mir diese Frage in Versammlungen vorgelegt wird, wende ich mich folgendermaßen an den Fragesteller:

"Stellen wir vor Beantwortung zunächst mal fest, wieviel Prozent der Menschen jetzt so viel erwerben - wohlverstanden erwerben, nicht ererben -, daß sie selbst oder ihre Witwe von den Zinsen im Alter leben können. Wollen Sie mir bitte angeben, wie hoch Sie den Prozentsatz schätzen."

Hier stockt schon fast regelmäßig der Fragesteller, so daß ich zur Beantwortung die Hilfe der Versammlung in Anspruch nehmen muß. Die Prozentzahl wird verschiedentlich geschätzt, sie schwankt von 1/10 bis 2 Prozent. "Wollen Sie mir nun angeben", fahre ich dann fort, "wovon die weniger glückliche Mehrheit in dem von Ihnen angegebenen Fall unter heutigen Verhältnissen den Lebensunterhalt bestreitet."

Hier stockt wiederum fast regelmäßig der Fragesteller. "Nun denken Sie sich", fahre ich dann fort, "Sie ständen einem Eskimo von normalem Begriffsvermögen gegenüber. Bei den Eskimos gibt es bekanntlich keinen Kapitalismus. Sie fragen nun den Eskimo, wovon die alten Leute bei ihnen den Lebensunterhalt bestreiten. "Die alten Leute", wird der Eskimo sagen, "haben in der Zeit ihrer

Arbeitskraft für uns in unserer Kindheit gearbeitet, da ist es doch ganz natürlich, daß wir jetzt für sie im Alter arbeiten."

Sie werden dann weiter sagen: "Bei uns in Europa ist das anders. Da haben wir Einrichtungen, daß die Alten im Alter nicht auf die werktätige Liebe der jüngeren Generation angewiesen sind, sondern aus eigenem Recht ihren Unterhalt bestreiten können. "Und wenn die Alten", fragt der Eskimo, "nun mal ganz ungewöhnlich alt werden, haben sie dann immer noch genügend?" "Gewiß", werden Sie antworten, "die Alten könnten so alt werden wie Methusalem und noch hundertmal älter, sie hätten immer noch genügend."

Da wird der Eskimo ganz gewaltig staunen, daß der Mensch in Europa zur Zeit seiner Arbeitskraft so viel erübrigen kann, daß man ungezählte Generationen lang davon zu leben vermag. Der Eskimo wird dann aber weiter fragen: "Erwerben denn alle Menschen in Europa soviel?" Sie werden dann sagen: "Nein, nur 1/10 bis 2 Prozent." "Und die übrigen", wird der Eskimo weiter fragen, "was wird mit ihnen?"

Was werden Sie jetzt dem Eskimo antworten? Jetzt stocken Sie schon wieder. Da wird der Eskimo Ihnen dann sagen: "Seht, wir Eskimos haben doch bessere Verhältnisse." "Wir werden Sie nun dem Eskimo beweisen, daß Ihrer Ansicht nach die Verhältnisse in Europa in diesem Punkt besser seien?" Hier stockt wiederum regelmäßig der Fragesteller.

"Nach diesen Feststellungen", fahre ich nun fort, "wollen wir untersuchen, wie es unter der Freiwirtschaft sein wird. Wir haben vorhin gesehen, daß das gesamte Arbeitsprodukt ausschließlich den Arbeitenden zukommt und nicht mehr von diesen mit den Zinsempfängern geteilt zu werden braucht. Der Arbeitslohn ist also sehr hoch. Aus diesem hohen Arbeitslohn kann sehr leicht eine hinreichende Versicherung für Alter und Invalidität bestritten werden. Jetzt hat ja die arbeitende Bevölkerung bereits eine Alters- und Invaliditäts-Versicherung. Wenn unter der Freiwirtschaft jeder Schaffende imstande ist, sich hinreichend zu versichern, dann wird er und seine Witwe aus dem Überschuss der arbeitskräftigen Zeit ein gesichertes Alter haben. Das ist eine natürliche Wirtschaftsordnung. Unsere jetzige Wirtschaftsordnung ist unnatürlich, daher ungerecht, volksverderblich.

Max Sternberg